

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 16 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtebaltene Zeitspaltel oder deren Raum 4,00 Mk. Verlammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,00 Mk. Reklamen 16,00 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübener Volksbote

Nummer 97.

Mittwoch, den 26. April 1922.

29. Jahrgang.

Lloyd Georges Antwort an Poincaré.

Schwierigkeit mit den Russen.

SPD. Genua, 25. April. (Eig. Drahtbericht.)

Im Augenblick stehen die Beratungen zwischen den Entente-Mächten und Rußland durchaus unglücklich. Demnach, den der Sonntagabend brachte, folgte gestern ein neuer Spektakel, als Kowloft im Auftrag der Sowjetdelegation ein neues Memorandum vorlegte, das als Spezialantwort auf die ersten sieben Punkte der Londoner Sachverständigenkommission gelten soll und wesentlich weitergeht als die bekannte Antwort der Russen auf das Londoner Gesamtmemorandum. Die Anerkennung der Kriegsschulden und der Sozialisierungsabgaben macht die russische Delegation in ihrem neuesten Schreiben abhängig von einem langfristigen Memorandum, das auch die Zinsen einschließt. Eine Anerkennung soll für diejenigen Staaten nicht in Frage kommen, mit denen Rußland sich zurzeit in Grenzstreitigkeiten befindet. Weiter wird u. a. die Rückerstattung aller Immobilienvermögensgegenstände des ehemaligen Rußland verlangt. Nach einer französischen Version soll der Vorsitzende der Kommission, der Engländer Evans, daraufhin die Russen mit denen man nicht verhandeln könne, aufgefordert haben, die Sitzung zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen jedoch die Russen nicht nach. Die Alliierten beschloßen Vertagung, um heute ohne die russischen Delegierten zusammenzutreten.

Auf Vorstich Lloyd Georges soll ein Fragebogen formuliert werden, der Bezug nimmt auf die ersten sieben Punkte des Londoner Memorandums über die russische Frage und der von den Russen eine klare Antwort mit Ja oder Nein verlangt. Es ist kaum anzunehmen, daß die russische Delegation den Alliierten ohne weiteres diesen Gefallen tun wird. Tschitscherin und Krassin wissen selbst am besten, daß sie in Genua nichts zu verpielen haben und werden deshalb ihre Antwort dementsprechend einstellen.

Die englische Auffassung.

SPD. Genua, 25. April, 6 1/2 Uhr abends. (Eig. Drahtbericht.)

Die Unterbrechung der Ententeberatungen mit den Russen über das russische Problem steht im Vordergrund aller Erörterungen. Zwar wird inoffiziell lebhaft verhandelt, um die Basis zu einer Einigung zu schaffen, aber bisher hat die Situation eine Klärung noch nicht erfahren. Dies erscheint übrigens um so schmerzlicher, als die Entente sich selber über ihre Stellungnahme nicht einig ist. Die Franzosen bleiben auf ihrer Auffassung bestehen. Die Einwirkung Poincarés von Paris aus auf den Gang der Verhandlungen macht sich auch bei den zur Erörterung stehenden Fragen bemerkbar. Heute sind von Paris neue Instruktionen eingetroffen, die den Auftrag geben, den bisherigen Standpunkt der französischen Regierung in der russischen Frage mit aller Entschiedenheit und bei jeder Gelegenheit zu vertreten.

Zufänglich gewinnt man den Eindruck, daß die französische Delegation gar nicht daran denkt, auch von ihrem Teil aus das von ihrem Standpunkt abzugeben, was notwendig ist, um nur die Möglichkeit einer Verständigung zu schaffen. Die Russen haben jedoch, wenigstens vorläufig noch, an ihren Gegenforderungen fest, und verlangen neben der Anerkennung ihrer Regierung, wie bereits gemeldet, ein Memorandum und Rückerstattung der im Ausland befindlichen Immobilien als Entgelt für die Erstattung der Kriegsschulden.

Um 4 Uhr nachmittags traten die Experten der Entente zusammen, um sich über ihre Stellungnahme, besonders über die an die Russen zu richtenden Fragen schlüssig zu werden. Wie man bei der jetzigen Situation zu einer Basis kommen will, auf der weiter verhandelt wird, erscheint augenblicklich sehr unklar. Ein alternatives Vorgehen, wie es von Frankreich verlangt wird, lehnen die Engländer und Italiener zurzeit noch sehr entschieden ab. Daß sich übrigens die englische Delegation äußerst verständig zeigt, das geht auch aus einer Rede des Staatssekretärs Lloyd Georges hervor, die dieser heute vormittag im Auftrage seines Premiers vor englischen und amerikanischen Journalisten hielt. Staatssekretär Fried erklärte ausdrücklich den versammelten Journalisten, daß er im folgenden die Ansicht Lloyd Georges wiedergeben werde:

Lloyd George betrachtet die Rede Poincarés als schwerwiegend und der größten Beachtung wert. Die englische Regierung wolle keinesfalls, wie das Lloyd George nun schon so oft erklärt hat, den Gedanken einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit der Alliierten zurück. Es sei aber sonderbar, daß im gleichen Augenblick, in dem Poincaré die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit betont, gleichzeitig erklärt, daß Frankreich bereit sei, allein

zu handeln. Lloyd George verstehe sehr gut, daß Frankreich, dessen Politik vom Reparationsproblem beherrscht werde, von der Haltung der russischen Delegation in Genua betroffen wird und an der Haltung Lloyd Georges gegenüber Rußland und Deutschland zweifle, aber Lloyd George lehne sich in seiner Politik gegenüber Deutschland auf den Gedanken des Friedens allein und handle stets nur korrekt gegen die Alliierten. Die Anlagen der Zweideutigkeit, die gegen ihn erhoben würden, seien der Northcliffe-Pressen würdig, die er nicht beachte. Ueber seine Politik werde er in klarster und umfassendster Weise im Parlament Rede und Antwort stehen. Was will in Wahrheit Lloyd George? Er will verhindern, daß Rußland und Deutschland, vom Hunger getrieben, sich gleich Barbaren auf die Westvölker stürzen. Man dürfe nicht verkennen, daß Rußland viel gelitten hat, mehr als alle Nationen, die am Weltkrieg teilgenommen haben. Gewiß ist die Haltung der russischen Delegation in Genua nicht glücklich. Sie verliere sich in einer Reihe von kleinen Schachergeheimnissen. Noch heute wisse sie nicht, was sie eigentlich wolle. Aber das sei kein Grund, um Rußland seinem Schicksal zu überlassen. Man möge vielmehr den Standpunkt der Alliierten ihm gegenüber präzisieren. Man werde hierbei nichts verlieren. Die Experten haben das russische Gegenprojekt geprüft und bereiten die Antwort vor. England wird die Alliierten nicht verlassen, aber es wird auch nicht seine Politik des Friedens aufgeben.

Diese Rede des Staatssekretärs von Lloyd George wird in französischen Kreisen mit größtem Optimismus betrachtet. — Heute abend um 7 Uhr wird übrigens auch der Reichsminister auf die Rede Poincarés vor deutschen Journalisten antworten.

Die Kommissionen sehen ihre Beratungen ungehindert fort. In der Unterkommission für Wirtschaftsfragen verlangte Staatssekretär Hirth vom Reichswirtschaftsministerium heute, daß unter den allgemeinen Gesichtspunkten für den Wiederaufbau Europas besonders die überragende Bedeutung der Lösung des Reparationsproblems erwähnt wird. Der Vorsitzende glaubt, daß diesem Wunsch bei der Zusammenfassung der Gesamtbeschlüsse durch eine allgemeine Einleitung Rechnung getragen werden kann.

Eine Erklärung Lloyd Georges an das englische Volk.

So kann es nicht weitergehen.

Genua, 25. April.

Lloyd George gab heute vor Pressevertretern nachstehende Rundgebung an das englische Volk:

Die Rede Poincarés stellt eine Erklärung dar, die ohne jede vorherige Vereinbarung mit den Alliierten erfolgt ist und ist in keiner Weise geeignet, die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten zu fördern.

Sie hat nichts mit Genua zu tun, aber die französische öffentliche Meinung steht unzweifelhaft stark unter dem Eindruck des Mißverständnisses, daß England eine Geheimdiplomatie betreibt. Es ist aber unklar, daß ich am Freitag Krassin gesprochen habe, wie das behauptet wird. Unsere Politik ist folgende:

Wir haben keinerlei Streitpunkte mit dem russischen Volk. Wir fürchten eine deutsch-russische Drohung nicht, aber wir sind entschlossen, Europa vor einem neuen Gemetzel zu bewahren.

Wir wünschen eine offene und humane Politik. Die Haltung gewisser Delegierter aber gegenüber den Verträgen erschwert unsere Arbeit. So kann es nicht weitergehen!

Starke Devisenschwankungen.

SPD. Berlin, 25. April.

In den letzten Tagen hatte die Berliner Börse im Hinblick auf die Kurssteigerung der Mark in Newyork die Devisenkurse beträchtlich herabgesetzt. Man nahm an, daß die Newyorker Finanzkreise über die Möglichkeiten einer internationalen Reparationsanleihe neuerdings günstigere Anschauungen hegten. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Es macht sich neuerdings erneut ein Umchwung am internationalen Devisenmarkt bemerkbar. In Berlin war heute der Dollar den stärksten Schwankungen ausgesetzt. Er ging im Vormittagsverkehr bis auf 232 zurück und stieg im offiziellen Verkehr an der Börse bis Mittags auf etwa 256. Am Effektenmarkt kam im Hinblick auf die veränderte Devisenlage die Abwärtsbewegung ebenfalls zum Stillstand. Kabel Newyork 251, London 1115, Amsterdam 9575.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 26. April.

„Ist es nicht geradezu schrecklich, in welcher brutaler Weise die sozialistische Bürgerlichkeitsmehrheit ihre Macht ausübt? Die erhebenden Bilder unseres lieben Kaisers und seiner hehren Tuberfamilie hat man in irgend eine Ecke zum alten Gerümpel gestellt; den 1. Mai, diesen ewigen Schreckens-tag jedes wahlberechtigten Bürgers von altersher, macht man zu einem geseligen Feiertag. Und wenn Seine Magnifizenz, unser allverehrter Herr Bürgermeister, in irgend einem Kriegerverein unter dem festgeküssten Beifallssturm der altverdienten Stützen von Thron und Altar sich händeringend nach der guten alten Zeit zurücksehnt und das Revolutionsunheil brandmarkt, so wagen diese Sozialdemokraten, ihn darob zur Rede zu stellen und zu tadeln.“

Kann man in den fürnehmen Kreisen, wo das Geld entweder in Wirklichkeit oder in der Einbildung die Gemüter beherrscht, nicht jeden Tag solche Weisheiten hören? Stolpert nicht mindestens einmal wöchentlich auch die bürgerliche Presse über die gleiche Schwelle speißbürgerlichen Unterbewußtseins. Und wir?

Der Sozialdemokrat lacht belustigt über soviel Heuchelei. Höchstens ärgert er sich darüber, daß die Macht des Volkes seit der Revolution nicht rücksichtsloser angewendet wurde; denn er weiß, wie das Bürgertum einst seine Macht brauchte. Und er weiß auch, in welcher Weise ihm aufs neue die Faust des weißen Terrors an die Gurgel fahren würde, wenn andere Mehrheiten in die deutschen Rathäuser und Parlamente einzögen.

Beispiele gibt es genug in unserem Deutschland. München steht als drohender Fingerzeig vor den Augen jedes Arbeiters. Und Bremen!

In der Bremer Bürgerschaft haben sich Sachen abgespielt, die als Warnrufe überall da wiederhallen werden, wo Arbeiter wohnen. Seit der Revolution war in Bremen der 1. Mai geseliger Feiertag. Unterdes haben sich die Mehrheitsverhältnisse aber geändert, und in wilder bürgerlicher Einheitsfront stürzten alle nichtsozialistischen Parteien gegen den diesjährigen Maifesttag an. Auch die Demokraten — Gott hab' sie selig — verkauften ihre letzte Revolutionserinnerung für das Linsengeicht eines nationalistischen Händedrucks.

Die Arbeiterparteien setzten sich entschlossen zur Wehr; vor den Abstimmungen verließen ihre Vertreter geschlossen den Saal und machten dadurch das Haus beschlußunfähig. Aber was kümmert die Bürgerlichen Geschäftsordnung und Verfassung, wenn sie die Arbeiter klein machen wollen? Beides wurde gebrochen, und auf dem Wege der Ungeklärtheit wurde das Gesetz über den 1. Mai geändert. Doch wird das letzte Wort über diese unerhörte Provokation noch nicht gesprochen sein.

Auch in anderen deutschen Ländern macht man der Arbeiterpartei den 1. Mai als Feiertag streitig. In Lippe wurde er — immer mit Hilfe der Demokraten — abgeschafft. Und in Baden heßt die demokratische Presse ganz offen die Bauern auf, sich um den 1. Mai überhaupt nicht zu kümmern; das führende demokratische Blatt, die „Badische Landeszeitung“ leistete sich folgende nicht mißzuverstehende Aufforderung zur Gesetzesverletzung:

„Wenn das badische Staatsministerium Aug ist, kommt es etwaigen Landtagsverhandlungen zuvor und hebt seine Zwangsverordnungen vom Jahre 1919 auf. Wenn das Staatsministerium das nicht tut — nun gut, dann mag es sich den Luxus einer Landtagsverhandlung leisten. Dann mag kommen, was da will. Im „Falle des Falles“ aber raten wir dem Herrn Polizeiminister, ja für eine genügende Polizeistreitkraft mit Maschinengewehren und einigen hunderttausend Formulare für Strafmandate zu sorgen, damit der Staat gerettet sei, wenn es gilt, seine Autorität etwa gegen rezitente Landwirte, die am 1. Mai arbeiten wollen, mit Erfolg durchzusetzen.“

Unser Mannheimer Parteiblatt fertigte diese Frechheit mit den richtigen Worten ab. Es schreibt: „Das Eine können wir den gewissenlosen Hehern versichern: Wenn ihr Aufruf Erfolg haben sollte zum Kampf gegen den Feiertag, in dem das politisch fortgeschrittene werktätige Volk das alte Symbol seiner wirtschaftlichen Entnechtung und das Banner erblickt, auf dem seine kollektiven Forderungen — Achtstundentag, Völkerverständigung, Weltfrieden — weithin sichtbar verzeichnet stehen, dann würde es im Lande Baden zu politischen Erschütterungen kommen, die die Arbeiterpartei mit einem Schlag einengen würden, und die auch dem rücksichtslossten Bürgertum die Augen öffnen würden über die Entschlossenheit und das Machtbewußtsein des habituellen Proletariats.“

Aus all diesen Kämpfen schreitet grell eine Tatsache: Wo das Bürgertum die Macht wiederbekommen hat, da geht es sich rücksichtslos über den Willen der Arbeiterschaft hinweg. Wann werden auch die Arbeiter klug geworden sein? Sie können von dem Bürgertum in der Anwendung der Macht noch manches lernen. Auch in Lübeck!

Die nationalistische Presse Deutschlands. — auch die „Völkischen Anzeigen“ — bringt eine ganz niederrichtige Notiz über die sächsische Regierung. Sie schreibt:

„Wie in Braunschweig haben sich auch in Sachsen unter der rein sozialistischen Herrschaft unerhörte Zustände entwickelt, und hier wie dort sind große Unregelmäßigkeiten, regierungsfeindliche Genossen vorgekommen.“

Dieser einfach unerschämten Notiz liegt folgende Tatsache zugrunde: Die Nachprüfung bei fünf Dienststellen der inneren Verwaltung Sachsens haben Fehlbeträge in Höhe von rund 227 000 Mark ergeben. Gegen mehrere Beamte wurde Strafanzeige wegen Veruntreuung und Urkundenfälschung erstattet. Zwei Beamte haben Selbstmord verübt, darunter der Kassierer der Baugner Amtshauptmannschaft.

Unser Parteiorgan, die „Dresdner Volkszeitung“, schreibt dazu folgendes:

„Unser Baugner Bruderblatt hat bereits am 10. März eine öffentliche Anfrage an den dortigen Amtshauptmann Hempel gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß der plötzliche Tod eines seiner Beamten mit der kurz vorher erfolgten Revision seiner Kassenführung zusammenhängt. Der Amtshauptmann hat sich kaum gestellt, aber der Sache und seinem Amt damit herzlich wenig gedient. Heute weiß auch der letzte Beamte seiner Dienststelle, daß bei der Revision gerade der Baugner Kassenstelle Zustände aufgedeckt worden sind, die fast einem völligen Zusammenbruch dieser Kasse gleichkommen. Jetzt wird uns auch klar, weshalb der Amtshauptmann den Vorwurf unseres Bruderblattes, wonach unter seiner Leitung arge Mißstände eingetreten seien, so ruhig auf sich hat sitzen lassen.“

Durch die oben erwähnte zuständige Stelle erfahren wir nun, daß nicht nur bei Amtshauptmann Hempel, sondern auch in fünf andern Dienststellen der inneren Verwaltung ganz erhebliche Fehlbeträge durch die Revisionen festgestellt worden sind, im ganzen rund 227 000 Mark! Daß es sich dabei nicht um bloße Versehen handelt, beweist die Tatsache, daß gegen mehrere Beamte und wohl auch gegen einen Angestellten Strafanzeige wegen Veruntreuung und Urkundenfälschung hat erstattet werden müssen. Zwei Beamte, deren Kassen Fehlbeträge aufwiesen, sind inzwischen freiwillig aus dem Leben geschieden, einer ist entlassen und ein weiterer verbüßt die ihm vom Gericht zubemessene Gefängnisstrafe.

Diese Tatsachen sollten doch denen zu denken geben, die sonst immer den Mund sehr voll nehmen, wenn es gilt, angebliche „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ zu bekämpfen. In all diesen Fällen handelt es sich um Dienstbeamte, die völlig sozialistischer Art sind, deren Beamte durchweg zu den festesten Stützen der alten Bürokratieherlichkeit gehören und fast durchweg deutschnational sind. Diese Art der Mißwirtschaft läßt sich auch beim besten Willen der sozialistischen Regierung nicht in die Schube schieben. Wir sind deshalb neugierig, ob unsere Gegner objektiv genug sein werden, das offen anzugreifen.“

Wir sind vor allem gespannt darauf, ob die „Völk. Anz.“ den moralischen Mut aufbringen, ihren Lesern nachträglich die Wahrheit zu sagen. Ihnen zu sagen, daß es sich bei den Kassenrüubern nicht um „regierende“ Sozialdemokraten, sondern um „an der Futtertrappe sitzende“ Deutschnationales handelt. Vielleicht hängt sie dann gleich die Bemerkung an, daß bis jetzt überhaupt kein einziger regierender Sozialdemokrat sich an Staatsgeldern vergreifen hat.

Unsere Hoffnung auf solche Objektivität der Lebenswerten Lante mit der militärisch trübseligen Sitzung in der Königsstraße ist allerdings gering.

Deutsche Arbeit in Genua.

Die Fragen der Weltwirtschaft und Finanzen.

Genua, 23. April.

Gestern fand eine Sitzung der Unterkommission des Finanzanschlusses für Kreditfragen unter Vorsitz von Sir Evans statt. Der Vorsitzende wies einleitend darauf hin, daß zu den Artikeln 37 und 38 des Londoner Memorandums eine Reihe von Vorschlägen vorzulegen. (Artikel 37 behandelt die Grundzüge der internationalen Kreditgewährung durch eine internationale Korporation; Artikel 38 gab nähere Bestimmungen für die für die Kredit zu stellenden Sicherheiten.) Die italienischen Vorschläge deckten sich, führte Evans aus, in den beiden ersten Bestimmungen mit den von der Unterkommission bereits festgestellten Grundzügen. Die englische Delegation glaube, daß eine kurze Wiederholung dieser Grundzüge im Rahmen der Kreditfrage eine Ergänzung bedeute; sie werde eine solche Zusammenfassung in der nächsten Sitzung vornehmen. Das Programm über den Aufbau der internationalen Korporation dürfte den Mitgliedsstaaten der Delegationen gleichfalls bis zur nächsten Sitzung zugehen. Der englische Delegierte wies darauf hin, daß nach seiner Auffassung zur Förderung der Produktion und zur Erhöhung der Arbeitsleistung in den finanziell schlecht gestellten Ländern in erster Linie eine Wiederherstellung des Vertrauens erforderlich sei. Zu diesem Zweck habe er bereits einen Plan vorgelegt, der dem Ziel einer internationalen Kreditgewährung dienen sollte, jedoch zu keinem Ergebnis führte. Er schlug fernerhin vor, im Hinblick auf die Gedankengänge der Weltwirtschaft an dem Wege eines internationalen Zusammenwirkens eine Kreditinstitution zu schaffen, die nicht neues Geld ausbebe, sondern lediglich die Garantie für Kredite übernehme, soweit solche wirtschaftlich schwachen Ländern gewährt werden müssen. Jede eines solchen Instituts würde es sich, sich ausbreitende Sicherheiten für ihre Vermögensgegenstände geben zu lassen. Dadurch werde den wirtschaftlich schwachen Staaten ein Mittel geboten, einen Teil ihres Vermögens im Interesse der Kreditaufnahme zu mobilisieren und auf diesem Wege den Wiederaufbau zu fördern.

Minister Hermes stellte für die deutsche Delegation den Antrag, in die Ueberschrift zu dem Kapitel „Kredit“ die Worte einzufügen: „einschließlich langfristiger Leihen“, weil, wo von der internationalen Korporation die Rede sei, sowie durch eine Ergänzung klarzustellen, daß an den wichtigsten finanziellen Transaktionen auch internationale Finanzinstitute beteiligt sein sollen. Hierzu führte er aus: In den Artikeln 37 und 38 werde die internationale Korporation als eine Einrichtung bezeichnet, die die Kreditgewährung vermitteln sollte. Die deutsche Delegation wolle nochmals ausdrücklich betonen, daß die Schaffung einer internationalen Organisation, die sich mit dem Wiederaufbau Europas, insbesondere mit dem der wirtschaftlich schwachen Staaten beschäftigt, keine volle Sympathie habe. Daher habe auch Deutschland bei im Februar unterzeichneten internationalen Konventionen keine Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Es erwarte, daß die Arbeit einer solchen internationalen Korporation

auf allen Gebieten der europäischen Wirtschaft und der europäischen Finanzen von Erfolg begleitet sein würden. Die deutsche Delegation glaube aber, daß bei finanziellen Transaktionen von solcher Bedeutung, wie sich die Lösung der gegenwärtigen Probleme mit sich bringe, auch auf die Finanzgruppen hingewiesen werden sollte, welche die Durchführung dieser großen Transaktionen entweder in Verbindung mit einer internationalen Korporation, oder unter Umständen auch allein obliegen könnte. Es erscheine nicht gerechtfertigt, diese Gruppen hier zu übergehen, im Hinblick auf die außerordentliche Rolle die sie beim Wiederaufbau Europas zu spielen berufen sein würden.

Ueber diese deutschen Anträge, sowie über einen weiteren Antrag auf Abänderung der italienischen Vorschläge, ist in der nächsten Sitzung einigellige eine Entscheidung getroffen worden. Der Vorsitzende erklärte jedoch schon jetzt, daß er seinerseits Bedenken gegen die Anträge der Deutschen nicht hätte. Von italienischer Seite wurde das gleiche in dem Abänderungsvorschlag bemerkt, der die italienischen Vorschläge betraf.

In der Sitzung der zweiten Unterkommission der Wirtschaftskommission wurde ein von der deutschen Delegation eingebrachter Antrag zur Erörterung gestellt, der sich auf die Behandlung ausländischer Firmen und Einzelaufsätze im Inland bezieht. Dem Antrag liegt der Gedanke zugrunde, daß alle Staaten die Ausländer im allgemeinen in der gleichen Weise zum Handel zulassen wie die Inländer. Auch sollen danach die zugelassenen Kaufleute in steuerlicher und anderer Hinsicht grundsätzlich auf dem gleichen Fuße mit den Inländern behandelt werden. Der Grundgedanke der gleichen Behandlung soll ferner auch für die Schifffahrt gelten. Zu eingehender Verhandlung kam es nur über die auch im Londoner Sachverständigenrat behandelte Frage der Besteuerung. Es entstanden dabei lebhaftige Meinungsverschiedenheiten über die grundlegende Frage, ob die Zulassung etwaiger Ausnahmen von der steuerlichen Gleichbehandlung der Ausländer mit den Inländern an die Voraussetzungen geknüpft werden sollte, daß derartige Ausnahmen allen Nationalitäten gegenüber gleichmäßig angewandt werden sollen, daß also eine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der einzelnen fremden Staaten ausgeschlossen ist. Diese Voraussetzungen wurden schließlich von der Mehrheit der in der Unterkommission vertretenen Delegationen als notwendig anerkannt. Mit Deutschland stimmten dafür England, Japan, Oesterreich und Spanien, dagegen namentlich Frankreich, Italien und Rumänien. Die Beratungen über die weiteren Punkte des deutschen Antrages, sollen morgen fortgesetzt werden.

Georgien und die Konferenz in Genua.

Eine Rundgebung der in Deutschland lebenden Georgier.

Der Georgische Verein der alle Georgier, die sich in Deutschland aufhalten, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, umfaßt, hat in seiner letzten Versammlung, nach Prüfung der Frage über die Vertretung Georgiens auf der Konferenz in Genua und über die Note des Herrn Tschitscherin, die diese Konferenz betrifft, einstimmig eine Rundgebung des Inhalts beschlossen:

1. Daß der Zweck der Konferenz von Genua — Friede und wirtschaftlicher Wiederaufbau Europas — notwendigerweise die Wiederherstellung der zurzeit verletzten nationalen Rechte der kaukasischen Republiken, die zwischen Rußland und der Türkei liegen, voraussetzt.

2. Daß Georgien, das sich im Jahre 1918 als unabhängiger Staat etablierte und von allen europäischen Großmächten — auch von Sowjetrußland — de jure anerkannt wurde, unbedingt auf der Konferenz von Genua vertreten sein muß.

3. Daß der „georgische Kommissar“, Herr Politarp (Budu) Mdwani, der nach der Note des Herrn Tschitscherin unter den Delegierten des „Zentral-Exekutiv-Komitees“ von Rußland für die Konferenz von Genua auf der Liste steht, kein Vertreter Georgiens, sondern lediglich ein Agent vom bolschewistischen Rußland ist.

4. Daß der einzige legitime Vertreter Georgiens für die Konferenz in Genua, wie dies von Frankreich und Belgien in Cannes gerechtfertigt wurde, nur und ausschließlich die rechtmäßige Regierung Jordania ist, die von der Geleggebenen Versammlung der Georgischen demokratischen Republik gewählt wurde, sich nach der Okkupation des Landes durch die russischen Truppen ins Ausland begab und ihren Sitz in Paris hat, wo sie die Politik der Befreiung Georgiens im besten Einvernehmen mit den georgischen politischen Parteien leitet, einer Befreiung, die Georgien ermöglichen wird, seinen historischen Zweck zu erreichen: In der Gemeinschaft der Kulturnationen einen würdigen Platz einzunehmen.

Die Papiergeldflut in Rußland.

II. Riga, 25. April.

Im Kremlin fand in Anwesenheit Lenins eine Beratung statt, an der auch hervorragende russische Finanzleute teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand die Angelegenheit der katastrophalen Lage der sowjetrussischen Finanzen. Bis zum 1. April 1922 waren insgesamt 12 200 000 000 Goldscheine im Verkehr. Täglich werden für 100 Millionen Rubel neue Goldscheine gedruckt. Die auf die großen Steuern gelegten Scharfgelb haben sich nicht vermindert. Der Goldbedarf des russischen Staates beträgt nur noch 30 Millionen Rubel. Die Konferenzteilnehmer gelangten zu der Ueberzeugung, daß eine Sanierung der russischen Finanzen erst dann möglich sein wird, wenn eine vom Ausland anerkannte neue Geldemission geschaffen und Rußland von den verlusthaften Staaten weitgehende Kredite eingeräumt werden würden.

Eine russische Amnestie für die weißgardistischen Offiziere.

II. Riga, 25. April.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung eine Amnestie für sämtliche weißgardistische Offiziere erlassen. Den in den Konzentrationslagern sich befindenden Offizieren der Armeeen Danks und Brautgeld wurde der Vorschlag gemacht, in die rote Armee einzutreten, wobei sie allerdings die bolschewistische Macht anzuerkennen müßten. Die Mehrheit der internationalen Offiziere hat sich mit den Bedingungen einverstanden erklärt. Sämtliche Offiziere, die das Annehmen der bolschewistischen Regierung abgelehnt haben, verbleiben weiterhin in den Konzentrationslagern.

Der internationale Gewerkschaftskongress über die Abrüstung.

II. Rom, 26. April.

Der internationale Gewerkschaftskongress hat die Abrüstung befürwortet. Der Tageskollektive Dredosky trat gegen einen neuen Krieg der Generalfürst vor. Dasselbe Mittel empfahl der Italiener Reano, der Schweizer Jig und der Deutsche Dittmann.

Dieser wies zudem darauf hin, daß aus Deutschland kein Kriegesgefahr drohe. Auch ohne Ententekontrolle werde das deutsche Proletariat jede Herstellung von Kriegsmaterial verhindern, doch müßte das Proletariat der übrigen Welt ebenso handeln.

Brügelien im Berliner Stadtparlament.

Keine Mehrheit.

II. Berlin, 26. April.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hat man sich geprügelt. Das Mitglied der USP, Dr. Kötz, rief Oberbürgermeister Böß, der ihr äußerst gereizt haben soll, das Wort „Wimmel“ zu. Hieran brach der Tumult los. Mitglieder der USP und Kommunisten stürzten sich auf Angehörige der Rechten und es kam zu Prügeleien. Der Antrag der drei sozialdemokratischen Fraktionen, daß in den städtischen Betrieben als Feiertag gelten zu lassen, wurde im weiteren Verlauf der Sitzung mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Der Minister des Innern zum Falle Röhne.

II. Berlin, 24. April.

Der Minister des Innern hat dem Präsidenten des Landtags zum Fall Röhne folgende Mitteilung zugehen lassen. Weber der Ritteraußenseiger Karl v. Röhne nach sein Sohn, ein Sohn ist Inhaber eines gültigen Jahresabschiedes. Dieser ist ihm abgenommen worden; seine Einziehung ist in die Wege geleitet. Da der Vater von Röhne eine Waffe geführt hat, ohne im Besitze eines gültigen Waffenscheins zu sein, ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden. Die bei Vater und Sohn von Röhne sowie bei dem Inspektor Hellweg des von Röhnechen Gütes, in Weshow gefundenen Waffen sind aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorläufig in staatliche Verwahrung genommen worden. Maßnahmen der Fürsorgeziehung kommen nicht in Frage; minderjährige Kinder sind in der Familie nicht vorhanden. Zur Unterbringung eines Angehörigen der Familie von Röhne in eine Anstalt für Geisteskranken fehlt es an den gesetzlichen Voraussetzungen.

Der 1. Mai.

Gesetzlicher Feiertag auch in Thüringen.

Weimar, 25. April. Nach heftigen Redekämpfen beschloß der Thüringische Landtag heute vormittag mit allen Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen alle Bürgerlichen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Die obereschlesischen Besatzungskosten.

Berlin, 25. April.

In der Nachricht, daß von den alliierten Mächten eine Forderung von zehn Milliarden für Besatzungskosten in Oberschlesien gestellt worden sei, erzählt die „Telegraphen-Union“ von zuständiger Stelle, daß im Artikel 88, Paragraph 6 des Friedensvertrages allerdings vorgesehen ist, daß die Besatzungskosten aus obereschlesischen Mitteln bezahlt werden und daß auch bereits recht beträchtliche Beträge auf dieses Konto geleistet worden sind. Von einer Summe von zehn Milliarden kann aber unmöglich die Rede sein, für ein Besatzungsheer von zwei Jahren, denn nach den Bestimmungen sind nur die tatsächlichen Kosten der Besatzung in Oberschlesien aus obereschlesischen Mitteln zu leisten.

Zur Gehaltsbewegung der Bankangestellten.

SPD. Berlin, 25. April.

Nachdem der Deutsche Bankbeamtenverein dem Vorschlag des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, eine gemeinsame Ablehnungserklärung zu dem Schiedspruch im Bankgewerbe dem Arbeitsminister zu überreichen, nicht beigetreten ist, hat nunmehr der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten zugleich im Namen der Frankfurter Kassemboten-Organisation den ablehnenden Standpunkt dieser beiden Verbände zum Schiedspruch in ausführlicher Begründung dem Arbeitsministerium und dem Reichsverband der Bankleitung offiziell mitgeteilt. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten erhebt die Forderung nach Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe an sämtliche Bankangestellten zum Ausgleich der Teuerung und fordert die Herbeiführung eines neuen Schiedsprüches für die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse im Monat Mai.

Ein ausgewiesener Heher.

Einige alldeutsche Blätter führten kürzlich Beschwerde darüber, daß der Geschäftsführer des alldeutschen Verbandes, Rudolf Zeidler, ein „glühender Vaterlandsfreund“, aus Preußen ausgewiesen worden sei. Es wurde so dargestellt, als sei die Ausweisung Zeidlers, der österreichische Staatsangehöriger ist, deswegen erfolgt, weil er „vor Jahr und Tag in einem Vortrage auf den früheren Beruf des Reichspräsidenten angepielt“ habe.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst von zuständiger Seite hierzu erzählt, ist es allerdings richtig, daß Zeidler aus Preußen ausgewiesen worden ist. Die Ausweisung ist erfolgt, weil Zeidler wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte in einer öffentlichen Versammlung in Stendal von dem Reichspräsidenten u. a. als von „dem Kaschemmenbruder“ gesprochen. Diese schwere öffentliche Beleidigung des Reichspräsidenten stellt einen großen Mißbrauch des Wahlrechts dar, so daß Zeidler im Inlande nicht länger geduldet werden konnte.

Maifestraub mit Demokratenhilfe.

Detmold, 24. April.

Der Lippeische Landtag nahm heute einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, der die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag fordert. Eine Mehrheit für diesen Antrag wurde mit Hilfe der Demokraten erreicht, die im Verein mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei für den Antrag stimmten. Dagegen waren die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Vertreter der christlichen Arbeiter.

Ausschlusssimus und Rechtsprechung.

Wir berichteten jüngst über das Urteil einer Strafkammer in Glogau, die das kommandomäßige Ausspucken einer deutsch-nörrischen Jugendzelle am Judenfriedhof für strafflos erklärte. Dieses Urteil macht Schule. Am Gymnasium zu Frankestein, wo der deutsch-nörrische Rassenschlismus eine besondere Pflegestätte zu besitzen scheint, verlor eine Wandergruppe, die Ende vorigen Jahres unter Führung eines Studienrates die Stadt mit einem Gesang bezog, dessen Gehreim lautet: „Blut muß fließen, Judenblut“.

Wegen dieses Gesanges wurde gegen den Studienrat und seinen Sohn, den Bundesleiter, Strafantrag wegen Aufreizung zum Klassenhass nach § 130 StGB. erstattet. Der Oberstaatsanwalt wählte in Glogau — übrigens derselbe Oberstaatsanwalt, der öffentliches Interesse zum Einverständnis an der Jüdischen Kasse eine Rote Selbstschützungsverein einen Unstehenden Straftäter barbarisch mißhandelte — lehnte aber die Erhebung der Anklage ab mit der Begründung, daß die Juden keine Klasse, sondern eine Rasse seien, weshalb eine Aufreizung zum Klassenhass nicht vorliege. Daß das Reichsgericht mehrfach den Klassenbegriff dahin definiert hat, daß darunter „durch historische Entwicklung abgegrenzte Teile der Bevölkerung“ zu verstehen seien, scheint dieser Staatsanwalt nicht zu wissen. Der Generalstaatsanwalt in Breslau hat übrigens den Anzeigenerklären auf ihre Beschwerde erklärt, daß er diese Entscheidung des Oberstaatsanwalts aufheben werde. Es scheint aber dringender geboten, daß der Oberstaatsanwalt in Glogau, der seiner Aufgabe offenbar in der Nichterhebung von Anklagen gegen rechtsgerichtete Exzessanten erblüht, endlich von seinem Posten entfernt wird.

Nach ein zweiter Fall schlesischer Justiz: In einer Versammlung des deutsch-nörrischen Schisch und Trubundes, die am 1. März 1921 stattfand, behauptete der Vorsitzende, ein Herr Reißger, daß der Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Halle a. d. S., einem Kommunisten 3000 Mark dafür geboten habe, daß er den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“ ermorde. Wegen dieser Behauptung strengten die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Halle gegen Herrn Reißger Privatbeleidigungsklage an. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen übler Nachrede zu 600 Mk. Geldstrafe, die Strafkammer aber hob in der Berufungskammer dieses Urteil auf und sprach Herrn Reißger, obwohl er einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptung nicht erbringen konnte, an Grund Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB.) frei. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision blieb erfolglos. — Deutsch-nörrische haben eben „berechtigtes Interesse“ in einem geradezu fabelhaften Umfang.

Drohungen des Landbundes.

Der Gesamtvorstand des Reichs-Landbundes nahm, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, in seiner Sitzung vom 21. April einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der Reichs-Landbund lehnt die Wiederholung der Umlage in jeder Form ab und wird sich gegen ihre Einführung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehren.“

Es ist kein Zufall, daß in dieser Entschliessung nicht etwa von allen gesetzmäßigen, sondern von allen zu Gebote stehenden Mitteln die Rede ist. Denn nach der letzten Gesamtsitzung des Landbundes kann kein Zweifel darüber sein, daß die Herren Agrarier auch mit allen ungesetzlichen Mitteln mit Sabotage und Verleumdung, ihre Wünsche durchzusetzen werden. Die Herren schreien sich die Kehle heiser nach „Wiederherstellung einer festen staatlichen Autorität“, die sie in der Graben sie jetzt entschlossen sind, falls sie ihnen irgendwie un bequem werden wird. Sie führen den Mund voll patriotischer Phrasen und beweisen ihren Patriotismus dadurch, daß ihnen die Not des Volkes höchst gleichgültig ist gegenüber ihren Profitinteressen.

Sozialisierung der Kurorte.

Von Hans Goslar.

In nicht allzu langer Zeit werden die deutschen Kurorte wieder ihre Pforten öffnen und die Badesaisonen beginnen. Es ist durchaus falsch, den Besuch der Bäder für einen Luxus zu halten; für hunderttausende, ja für viele Millionen Deutscher ist es — sei es infolge von alten organischen Erkrankungen, sei es als Folge der Erkrankungen aus der Kriegszeit — eine unbedingte Notwendigkeit, an den Heilquellen unserer Thermalbäder Heilung oder doch Binderung von ihren Schmerzen zu suchen.

Um so verhängnisvoller für die Volksgesundheit ist es, daß durch die wahnwitzige Teuerung und die lediglich unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geschahende Preispolitik der Bäder und ihrer Hotels es in diesem Jahr nur noch einem verschwindend geringen Prozentsatz wirklich Kurbedürftiger möglich sein wird, Bäder aufzusuchen. Rächst der Kohle sind die heilkräftigen Quellen die wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze Deutschlands. Das Ziel jeder vernünftigen Volkswirtschaftspolitik unter großen Gesichtspunkten muß unbedingt sein, zu verhindern, daß auf die Dauer die überwiegende Masse der erhaltungsbedürftigen Volksteile durch die Unmöglichkeit des Wohlgenusses dieser Bodenschätze schwer am eigenen Leibe und damit an der Gesundheit der kommenden Generationen geschädigt wird. Sie muß vielmehr dahin gehen, mit allen staatlichen Nachmitteln eine so großzügige Ausweitung aller Gebrauchsmöglichkeiten der Heilquellen zu erreichen, daß man dem wirklichen Zweck, dem ganzen Volke zu dienen, nach Möglichkeit näher kommt.

Vor 1½ Jahren habe ich an anderer Stelle ausführlich die Notwendigkeit einer Sozialisierung der Kurorte und der folgenden sieben Programmpunkte dargelegt, die ich auch heute noch für notwendig und dringend erachtlich halte:

1. Verreichlichung aller natürlichen Heilquellen durch eine messene Entschädigung der Bundesstaaten und nach Möglichkeit eines Reichsgesetzes (vorzunehmenden Auflösung der Pachtverträge privater Erwerbsgesellschaften) zur Ermöglichung der Durchführung einer einheitlichen Bäderpolitik, Hand in Hand mit den Institutionen der Reichssozialversicherung.

2. Kommunalisierung oder Umwandlung in gemischt-wirtschaftliche Betriebe einer hinreichend großen Anzahl von Einzelunternehmungen an den Orten, die natürliche Heilquellen besitzen.

3. Begründung von gemeinnützigen Konsumvereinen zur möglichst billigen und reichlichen Versorgung der Zuhörer der kommunalisierten usw. Hotelunternehmungen und Gewährung spezieller Konzessionen und Reichszuschüsse für Versorgungsarbeiten.

4. Maßnahmen zur Verlängerung der Saison — der Heilbäder mindestens auf die Zeit von Mitte April bis Mitte Oktober (Ausbau der vorhandenen Heizanlagen usw.).

5. Eine den Bedürfnissen des sozialen Hilfswertes sich anpassende Eisenbahnpolitik (Tarifermäßigungen, Angleichung des Fahrpreises an die Luft 4. verlängerte Saison).

6. Rassistische Anordnung des Enteignungsrechtes im öffentlichen Interesse gegenüber allen Fällen von Boden speculation und Bodenwucher in den mit Heilbädern sowie Einföhrung besonderer schiedsrichterlicher Instanzen zur Verhinderung von Lebensmitteln und Mietwucher.

7. Entsprechender Ausbau der Sozialversicherung.

Ich gehe von dem Grundsatz aus, daß die Heilquellen und Kurorte in Allgemeinverwaltung übernommen werden müssen. Da aber auch dort, wo die Heilquellen schon im Staatsbesitz sind, es sich zeigt, daß die Kartellierung der Hotels die Preise diktieren und daß weniger Begüterte infolge der maßlos hochgeschraubten Unterkunftsbedingungen vielfach schon dadurch vom Besuch der Heilquellen ausgeschlossen werden, so muß durch eine sehr starke Zahl von Außenleiterhotels Besuche in diesen Kartellierung gelassen werden. Dies ist nur dadurch möglich, daß man eine größere Anzahl von Hotels und Gasthäusern überall unter Heranziehung von Reich, Staat und Kommunen in gemischt-wirtschaftliche Betriebe umwandelt, die zu großen Einkaufsgenossenschaften zusammengefaßt werden können und verpflichtet sind, den ihnen von der Sozialversicherung und überhaupt von Angestellten- und Arbeiterverbänden auf Grund ärztlicher Zeugnisse zugewiesenen Kurgästen Unterkunft und Verpflegung zu einem Satze zu gewähren, der die Selbstkosten deckt.

Deutsches Volk nun außerdem noch vor der Frage, wie wir uns zu dem zu erwartenden starken Zustrom der Ausländer aus den volutastarke Ländern zu stellen haben. Ich meine, daß wir gut daran tun werden, dem Besuch kurbedürftiger Ausländer keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, obwohl das Bedenkliche in der Frage der Unterbringungsbedingungen auf der Hand liegt. Wir dürfen aber diese Politik — unsere Bäder den Ausländern weit zu öffnen und ruhig in einen Konkurrenzkampf mit den französischen und englischen Bädern einzutreten, nur dann freiher, wenn auf der anderen Seite die Anwesenheit der valutastarken Fremden richtig, d. h. nicht nur privatwirtschaftlich von den Hotels, sondern volkswirtschaftlich von der Gesamtheit ausgenutzt wird. Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die maßgebenden Stellen sofort mit dieser Angelegenheit befassen und anordnen, daß bestimmte Ausschläge von den Hotels und Gasthäusern von allen Fremden zu erheben sind, daß sie aber nicht, wie bis jetzt, nur den Hotels und der Steuer zuliegen dürfen, sondern darüber hinaus einem Fonds zuzuführen sind, aus dem Freiheit und Freibestattung resp. Zuschüsse zur Bezahlung des Kuraufenthalts Minderbemittelte zu leisten sind. Ebenso müssen die Bäderverwaltungen Zuschläge zur Kurkarte und zu den eigentlichen Bädern erheben, die aber einem Ausgleichsfonds zu-

geführt werden müssen, der den völligen Erlas der Kurkarte und die kostenlose Bädererabreichung an Minderbemittelte ermöglichen.

Führen wir auch den Programmpunkt durch, durch geeignete bauliche, einbahntarifliche und sonstige Maßnahmen die Saison der Bäder zu „strecken“, die heute auch für eine wirkliche Rentabilität der Bäderverwaltungen zu kurz ist, so ist es dann auch ohne Schwierigkeiten möglich, trotz starken Fremdenbesuches eine ausreichende Zahl von Volksangehörigen aus den minderbemittelten Schichten zur Bädelerabreichung zuzulassen. Ein verheißungsvoller Anfang liegt z. B. in dem von Breußen und dem Reich beabsichtigten Bau eines Eisenbahndammes vom Festland nach der Insel Sylt. Hierdurch wird diese Insel mit ihrem für Wintertouristen Lungentranke und Brustleidendes sehr geeigneten milden Klima in die Lage gesetzt, später ein Winter-Resort im großen zu werden und dadurch auch infolge der kurzen Sommerferien immer sehr reichlichen Finanzen zu realisieren. Ueberhaupt dürfen Seebäder nicht aus der ganzen Regelung des Bäderwesens herausgelöst werden. Sie sind, wenn sie auch z. B. für unsere Kriegsbeschädigten nicht die gleiche Bedeutung haben wie die Thermalbäder, doch für unterernährte Kinder, Schwache, Blutarme — und auf einen wie großen Teil des arbeitenden Volkes trifft diese Bezeichnung zu! — von unerschätzbarem Werte. Darum sollten von Reichs wegen aus Valutazuschlägen für Ausländer in den Seebädern kleine Baracken errichtet werden, die die Unterbringung und Beförderung möglichst großer Massen von Schulkindern aus der minderbemittelten Kreise, verteilt auf die Zeit von Mai bis Oktober, ermöglichen würden.

An anderer Stelle wird auf die einzelnen Programmpunkte und ihre Durchsetzungsmöglichkeit näher eingegangen werden müssen. Bei so mancher zuständigen Stellen — ich denke z. B. an das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt — ist, wie ich aus den früheren Verhandlungen des Vorjahres und aus der Diskussion der vom Landtag ausgehenden Anregungen weiß, volles Verständnis für die Forderungen der Stunde vorhanden. Jetzt aber ist die höchste Zeit, daß die Parteien sich in dieser das Volksganze angehenden Angelegenheit zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen und an die Reichsregierung mit substantiierten Vorschlägen der oben ange deuteten Art herantreten. Die Zeiten sind zu schwer und die gesundheitlichen Verhältnisse und die daraus sich mit Naturnotwendigkeit ergebenden keulischen Stimmungen der Massen so kritisch und traurig, daß wir nicht das Recht haben, nochmals einen Sommer verstreichen zu lassen, ohne auf friedlichem Wege durch eine großzügige Art sozialpolitischer Gesetzgebung, ergänzt durch praktisch durchführbare und nicht weltfremde Ausführungsbestimmungen, dem deutschen Volke seine Heilquellen und Luftkurorte zurückzugeben zu haben. Nicht nur Brot und Arbeit darf die Lösung sein, sondern auch Luft, Licht, Sonne und Heilung, um die Menschen körperlich und geistlich zu stärken und zu wirklich nachhaltiger Arbeit im aufbauenden Sinne erst einmal fähig und freudig zu machen!

VOLKSWIRTSCHAFT.

Die Jagd nach der Valuta.

Nachdem der Dollar im März einen Höhepunkt erreicht, dann wochenlang zwischen 300—320 Mt. hin- und herpendelt hatte, trat im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua eine wesentliche Erhöhung der Mark ein; der Dollar fiel unter 300 und erreichte Sonnabend im ruhigen Verkehr des letzten Wochentags mit einer amtlichen Notierung von 266,53 den tiefsten seit Wochen erzielten Stand. Ob man nach der neuen Wandlung der Genuaer Konferenz durch das kräftige Auftreten der Franzosen noch hoffen darf, daß die Besserung anhält, steht dahin. Jedenfalls haben wir die bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen, daß in der Zeit vom 24. März, wo der Dollar amtlich auf 331,6 festgestellt wurde, bis zum 22. April, also in genau vier Wochen verhältnismäßig geringere Schwankungen der Devisenkurse, sich der Stand der Mark im Verhältnis zum Dollar um rund 65 Mt. oder annähernd 20 Prozent des schlechtesten Standes gebessert hat. Um diesen Betrag verminderte sich der Verkaufspreis für Exportware, deren Weltmarktpreis unverändert geblieben ist. Die Kaufkraft der Mark im Ausland hat sich gleichartig gehoben. Galten nach den obigen Dollarnotierungen am 24. März 100 Papiermark gleich 4203 Mt. Vorkriegswährung (Gold), so liegt der Wert dieses Zettelbetrages bis gestern auf 1,576 Mt. Gold.

Im unmittelbarem Zusammenhang mit der Valuta gingen die Getreidepreise des freien Verkehrs zurück. So kosteten gestern die 50 Kilogramm märkischer Roggen 525—530 Mt., während man noch Ende März 623—628 Mt. dafür bezahlt hatte. Gaben nun die Waren des freien Verkehrs im Preise nach, so haben sich mittlerweile die Preise für inländische Rohstoffe, insbesondere Kohle und damit auch die auf der Basis der Kohlenpreise stehend festgelegten Eisenpreise weiter erhöht. Diese Tatsache zeigt, wie die Rohstoffe und Lebensmittelproduzenten das Recht auf den Valutapreis für sich geltend machen. Allenfalls ist die Jagd nach der Valuta im Gange. Die Produzenten verlangen in diesen Fällen vom Exporteur den Gegenwert nach dem Austauschpreis der Ware, wodurch sich die Exporteure beschwert fühlen, da sie durch ihre Auslandsagenturen auch Unkosten in fremder Währung haben. Im Textilgewerbe ist es schon so weit, daß die Rohgewebe im Inland teurer sind als im Ausland, während hochwertige Waren durchaus noch mit ausländischen gleichen Arbeit konkurrenzfähig sind. Bei Eisen und Eisenverarbeitung liegt es ähnlich, und am Lebensmittelmarkt müßten wir erleben, daß die hochgetriebenen Getreidepreise sogar die Einfuhr ausländischer Mehlens rentabel machen. Diese Tatsachen zeigen, wie das Monopol der Rohstoffproduzenten sich bereits mit großer Schärfe gegen die Verbraucher wendet und wie von innen heraus der Schutz vor der Einfuhr fremder Halbfabrikate mehr und mehr wirksam gemacht wird.

Wenn die Arbeitslosigkeit hinzutritt, wird die Produktion sinken. Die wenig gekletterten Löhne sind es, auf die die Gewinne der Großindustrie fließen. Während diese die Produktion durch den Preisverlust verlangen auch die Arbeiterklasse Wirtschaft, d. h. Weltmarktpreise auf den ganzen Eink. Die Arbeiterklasse allein hat bisher an dieser Jagd nach der Valuta nicht teilgenommen. Sie hat ihre Lohnforderungen immer nach dem Stand der Teuerung eingestellt, d. h. nachträglich, nachdem die Preise schon gestiegen waren, Lohnforderungen gefordert. Wird sie bei dieser Taktik bleiben können? Noch sind die übrig gebliebenen Mieten und die teilweise bereits abgebauten Lebensmittelzuschüsse Momente, die den Tiefstand der Löhne begünstigen. Aber das sind auch die letzten Säulen. Die Arbeiterklasse hat an Goldlöhnen, die zugleich die Abhängigkeit der Industrie untergraben würden, kein Interesse. Um so mehr muß sie aber fordern, daß nicht alle Stöße überbürdeter Preissteigerungen sich unmittelbar in den Lebens-

haltungskosten auswirken. Gerade deshalb ist die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Getreidemenge jetzt dringender notwendig als je.

Blehmärkte.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt:

Rübenmarkt.	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
Doppelender	3000—3200 Mt.
1. Qualität Rälber	2600—2800
2. Qualität	2200—2500
3. Qualität	1800—1900
nächster Rälber	1500—1600

Zufuhr: 2050 Rälber. Der Handel verläuft ruhig.

Schweinemarkt.	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere reine Ware über 250 Pfund	3000—3100 Mt.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	2800—3000
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	2500—2800
geringere Ware	2200—2500
beste Sauen	2700—2800
geringere Sauen	2300—2600

Zufuhr: 5500 Schweine. Der Handel mit Schweinen verläuft infolge starken Angebots sehr ruhig. Die Preise müßten nachgeben.

Devisen-Kurse.

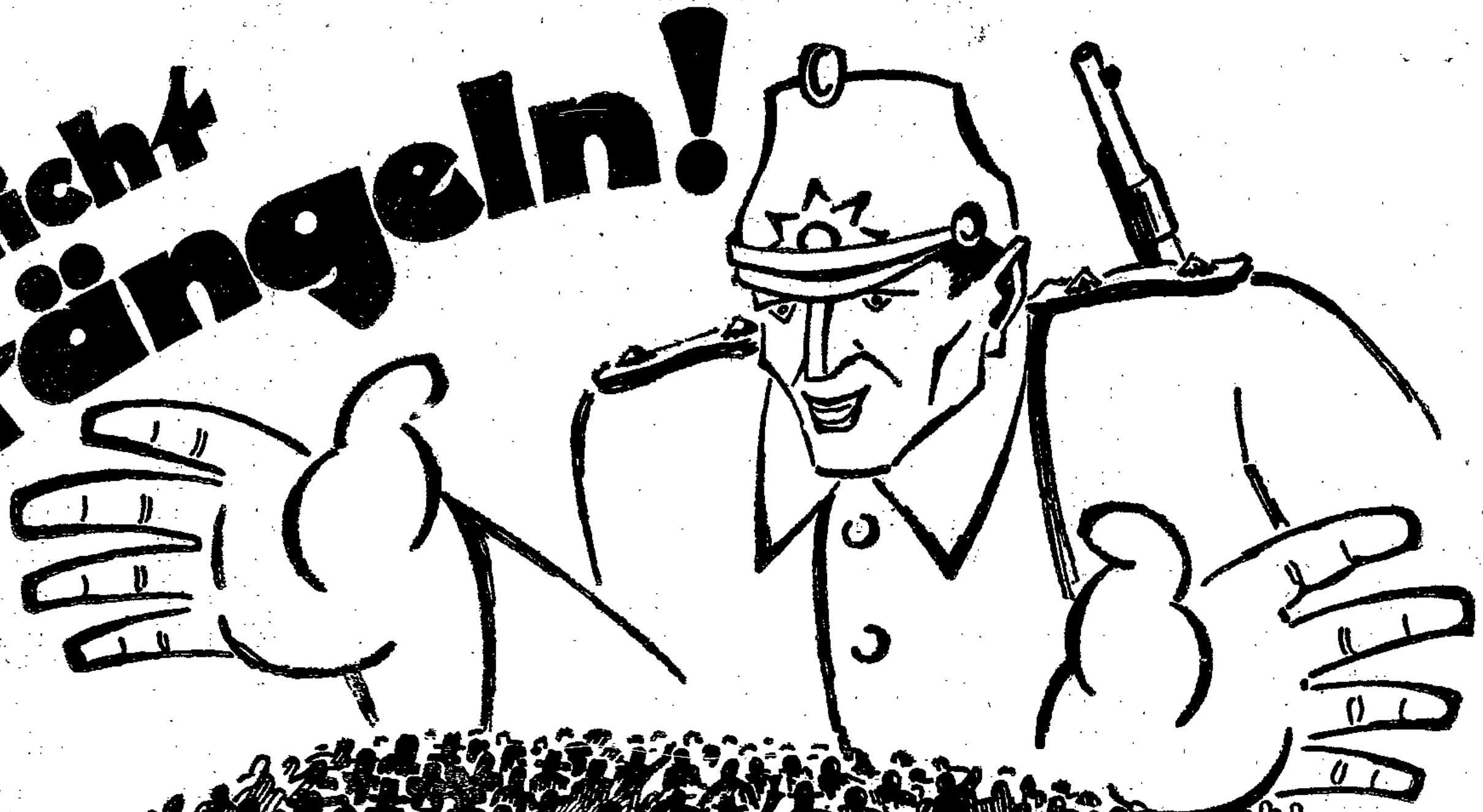
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	Berlin, 26. April.		
	25. April.	24. April.	
Amsterdam	100 fl.	956,5	9762,75
Bissel (Antwerpen)	100 Frs.	2157,50	2197,25
Kristiania	100 Kr.	4734,05	4849,90
Kopenhagen	100 Kr.	5358,25	5448,15
Stockholm	100 Kr.	6346,80	6641,65
Helsingfors	100 Finn. Mk.	495,35	486,35
Rom	100 Lire	1663,25	1594,25
London	1 £	1113,60	1128,55
New York	1 Doll.	252,18	255,68
Paris	100 Frs.	2639,55	2597,—
Zürich	100 Frs.	4908,85	4978,75
Madrid	100 Pesetas	3930,05	3960,—
Wien	100 K.	8,15	8,38
Budapest	100 K.	34,65	34,85
Prag	100 K.	498,35	509,35

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Geht	Schiffsname	Kapitän	Vertunftsart	Fahrtzeit	Lage
Angekommen am 25. April.						
D.	Regier.	Holmberg	Helsingfors	3	3	
D.	Bürgermeister	Lafrenz	Danmer	Burgitaalen	3	3
D.	Spree	Davidson	Odenje	3	3	
D.	Otto Jppen 19	Verndt	Rolitoa	3	3	
D.	Otto Jppen 19	Gilmann	Rolitoa	3	3	
D.	Ostion	Oberst	Stockholm	5%	5%	
Angekommen am 26. April.						
D.	Savitar	Sanderson	Rolbing	14	14	

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisport Lübeck und Familien Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schütz; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Metz & Co. Lübeck in 2126.

Nicht drängeln!



4 Haushalt-Ausnahme-Tage

in unserer großen, vollständig neu eingerichteten Haushalt-Abteilung
Mittwoch ♦ Donnerstag ♦ Freitag ♦ Sonnabend
 Günstige Einkaufsgelegenheit auch für Hotels, Restaurants, Pensionate

Hier nur einige Beispiele

alle übrigen Artikel sind auf Extra-Tischen
 ausgelegt und mit Preisen versehen.

- | | | | | |
|--|--------|--------|--|--------------------------------------|
| Obertassen Porzellan, mit kl. Fehlern | 1.95 | 1.45 | Brotkörbe lackiert | 19.50 |
| Tassen mit Untertassen, gerippt, Schalenform | 5.75 | 5.75 | Garten-Gießkannen lack. | 27.50 19.75 14.75 |
| Speiseteller Feston, tief, flach, weiß | 8.75 | 8.75 | Speiseteller g. att, tief und flach | 3.00 |
| Speiseteller Feston, mit Goldrand-Linie | 21.50 | 21.50 | Speiseteller gerippt, tief und flach | 4.50 |
| Kaffeesevice Porzellan, 9teilig, dekor. | 124.50 | 124.50 | Satz-Salads 7teilig, weiß | 39.50 |
| Kaffeekannen große weiße, 47.50 37.50 | 27.50 | 27.50 | Seifenpulver „Goldperle“ | 3.75 |
| Kompotteller | 1.95 | 1.95 | Seifenpulver „Hansa“ | 3.00 |
| Wasserflaschen mit Stopfen | 21.50 | 12.50 | la. Kernseife Doppelriegel ca. 250 Gramm | 6.50 |
| Weingläser | 11.75 | 11.75 | la. Schmierseife tranfrei | Pfd. 13.50 |
| Bierseidel 5 20 9/20 geeicht | 6.75 | 5.75 | Soda | Pfd. 4.50 |
| Wassergläser gepreßt | 1.95 | 1.95 | Bohnerwachs mit Terpentinanzatz | 1 Pfd. 19.50 1/2 Pfd. 10.50 |
| Bierbecher mit schwarzem Boden | 5.95 | 5.95 | Roßhaarbesen | 69.50 57.50 39.50 |
| Bierbecher „Han-a“, geschweifte Form | 6.75 | 6.75 | Schrubber Fiber, weiß | 5.75 |
| Salatschalen Kristall-imitation | 6.75 | 6.75 | Scheuerbürsten weiß Fiber | 5.95 2.75 |
| Bierbecher mit Zierkante, verschmolzen | 3.95 | 3.95 | Schmutzbürsten | 2.45 1.95 |
| Alum.-Kaffeekannen | 49.50 | 49.50 | Spankörbe weiß | 5.75 4.75 3.50 bemalt 7.50 5.50 4.50 |
| Alum.-Fleischtöpfe schwere unib. Ware | 94.50 | 94.50 | Kleiderbügel mit Steg | 2.00 |
| Alum.-Schmortöpfe mit Deckel | 475.00 | 475.00 | Waschbretter mit Zinkeinlage | 29.50 19.50 |
| Alum.-Schmortöpfe mit Deckel | 675.00 | 675.00 | Quirle | 85.5, 75.5, 65.5 Ahorn 1.45 1.25 |
| Zink-Kinderbadewannen | 195.00 | 195.00 | Küchenmesser Solinger Stahl | 2.75 1.95 |
| Alum.-Eßlöffel poliert | 2.75 | 2.75 | Tischmesser Solinger Stahl | 11.50 9.50 |
| | | | Gemüseschneider „Blitz“ | 5.75 |

Karstadt

Aktiengesellschaft

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 26. April.

Produktive Arbeitsfürsorge.

Am 1. April d. Js. konnte die Produktive Arbeitsfürsorge auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Diese Einrichtung, deren Zweck es ist, den Erwerbslosen bis zu ihrer Vermittlung in eine feste Anstellung durch Arbeitszuweisung ein Mehreinkommen über die bloße Erwerbslosenunterstützung hinaus und somit eine erträglichere Existenz zu verschaffen, hat ihre Aufgabe in vollem Umfange erfüllt.

499 Erwerbslose haben im Laufe des verflohenen Jahres vorübergehend beschäftigt werden können und sind dadurch vor dem größten Elend, vor allem aber vor dem sittlichen Verfall, den eine lange Arbeitslosigkeit zur Folge haben kann, bewahrt geblieben. 346 Erwerbslose sind aus der Produktiven Arbeitsfürsorge heraus in feste Anstellung vermittelt worden, so daß 93 Erwerbslose noch heute bei der Produktiven Arbeitsfürsorge beschäftigt sind. Wöchentlich sind 100-150 Personen beschäftigt worden. Hervorzuheben ist vor allem, daß ein großer Teil der bei der Produktiven Arbeitsfürsorge beschäftigten Arbeiter aus solchen Berufen besteht, die auf Grund ihres Alters im freien Arbeitsmarkt nur sehr schwer unterzubringen sind, die aber, wie der Produktivitätsnachweis der Arbeitsfürsorge ausweist, dort durchaus nicht hinter jüngeren Kollegen in ihren Leistungen zurückgehen. Da vom Staat für diese Kategorie von Arbeitern bis jetzt keine Fürsorge getroffen ist, so hat die Produktive Arbeitsfürsorge eine große Lücke in unserer sozialen Gesellschaftsgesamtheit ausfüllen können.

Die freiwilligen Beitragzahlungen zur Produktiven Arbeitsfürsorge seitens der Arbeitnehmer waren bis jetzt auf 1/2 v. H. der ausbezahlten Lohnsumme bis zu 300 Mk. wöchentlich, und 1 v. H. der 300 Mk. übersteigenden Lohnsumme festgesetzt. Für die Angestellten, Lehrer, Beamten und alle übrigen Bevölkerungsteile Lübecks beträgt die freiwillige Beitragleistung 1/2 v. H. der ausbezahlten Gehaltssumme bis zu 14000 Mk. monatlich und 1 v. H. der 14000 Mk. übersteigenden Gehaltssummen.

In Anbetracht der durch die Verhältnisse bedingten Steigerung der Löhne und Gehälter hat der Geschäftsführende Ausschuss der Produktiven Arbeitsfürsorge beschlossen, die freiwilligen Beitragzahlungen ab 1. Mai auf 1/2 v. H. der gesamten ausbezahlten Lohnsummen bzw. Gehälter herabzusetzen.

Diese niedrigen Sätze, die es jedem ermöglichen, sich Scherlein zur Verbesserung der Lage seines Nächsten beizutragen, werden hoffentlich jetzt alle veranlassen, nicht länger einem Werke abseits zu stehen, welches eine so segensreiche Rolle in unserem Wirtschaftsleben spielt. Wir müssen um so mehr darauf bedacht sein, die Produktive Arbeitsfürsorge am Leben zu erhalten und auszubauen, da die politischen Konstellationen leicht eine größere Arbeitslosigkeit — mit der auch unsere Regierung rechnen — herbeiführen können, der gegenüber wir gewappnet sein müssen.

Die Produktive Arbeitsfürsorge richtet daher an alle Schichten der Bevölkerung — ohne Unterschied der politischen Richtung — die dringende Aufforderung, einstimmig das für unser Wirtschaftsleben so wichtige, die Millionen verlassende unproduktive Erwerbslosenunterstützung auszuklinkende Werk mit allen Kräften zu unterstützen — zum Nutzen und Wohle der Beschäftigten, des Staates und der Volksgemeinschaft.

Genossenschaftliche Vermittlung von See-Ferienaufenthalt.

Der Konsumverein Wexlerland auf Sylt, der bekanntlich häufig durch verheerende Sturmfluten in Erinnerung gebrachten schönen Nordseeinsel, hat seine Bestrebungen zur Ermöglichung eines Ferienaufenthalts an der See wieder aufgenommen. Ihm sind eine Anzahl von Besitzern kleiner Villen und Pensionate angeschlossen, zum Teil Arbeiter, Angestellte und Beamte, denen es in Ferienzeiten möglich war, sich ein eigenes Heim zu bauen. Bei guter Einrichtung und zuvorkommender Bedienung hatten diesen Häusern die von minderbemittelten Gästen oft unliebsam

empfundene Besonderheit der Hotels und großen Logierhäuser (Unruhe im Hause, Trinkgelberunwesen usw.) nicht an. Sie haben den Vorzug der Billigkeit und tragen doch allen Wünschen Rechnung. Es kann im Hause Frühstück und Abendessen eingenommen werden, zum Teil ist auch Gelegenheit zum Selbstkochen gegeben. Für Wäsche, Putzen und Gepäckförderung werden mäßige Preise berechnet. Zu Vergnügungen aller Art bietet Wexlerland mehr als notwendig Gelegenheit. Der Konsumverein Wexlerland will nun mit Hilfe seiner Organisation tatkräftig versuchen, diese Vorzüge den weniger bemittelten Volksteilen zugänglich zu machen und eine Abteilung „Volksbad“ organisieren. Die ersten Anfänge sind bereits gelungen. So hat der Verein ein eigenes, im schönen Friesenstil gehaltenes Restaurant und Café errichtet, das bereits im Vorjahr einer großen Zahl von Gästen gute und preiswerte Verpflegung bot. Dabei kamen ihm die eigene Bäckerei, Schlachtereier, Fischräucherei und Landwirtschaft sehr zustatten. Das Lokal heißt „Vereinshaus in Wexlerland (Sylt)“. Vom Komitor des Vereins aus wird die Vermittlung von Wohnungen und von voller Pension besorgt und jede gewünschte Auskunft erteilt; den Antworten wird eine Bedarfsliste und Auskunft über Verkehrsverhältnisse (See- und Landweg) beigefügt. Die Adresse ist: Konsumverein Wexlerland (Sylt). Was die Preise anlangt, so hat der Verein durch seine Organisation Richtpreise feststellen können, die angemessen und, mit Großstadtpreisen verglichen, billig sind. Die Preise der Vor- und Nachsaison (15. Mai bis 1. Juli und 1. bis 30. September) sind natürlich niedriger als die der Hauptsaison (Juli/August), wo Wexlerland stark besucht und die Preise erhöht zu sein pflegen. Wexler- und Erholungsgelegenheiten sind aber im Mai und Juni meistens vorzuziehen, wie denn die Lufttemperatur überhaupt eine besonders günstige ist. So ist die Voraison die eigentliche Erholungsstation und bietet zugleich die angemessensten Preise. Wir machen auf diese Gelegenheit ausdrücklich aufmerksam.

Achtung! Arbeitslose Parteigenossen erhalten gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher und der Arbeitslosenkarte Parteikarten unentgeltlich. Diese können am Sonnabend im Parteilsekretariat in Empfang genommen werden.

Bürgerchaftsfraktion! Freitag abend 6 Uhr Fraktionsführung. Vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig.

Der neue Straßenbahnfahrplan, auf dessen wichtigste Neuerungen wir bereits hingewiesen haben, wird nunmehr von der Direktion in der heutigen Nummer unseres Blattes veröffentlicht. Die Veränderungen gegenüber dem bisherigen Fahrplan bestehen in folgendem: Linie 1: Der 10-Min.-Verkehr wird abends eine Stunde länger, bis 8.55 ab Roeststraße, ausgedehnt. Linie 2 und Linie 10 fahren abwechselnd bereits von früh 7 Uhr von der Kräusenstraße Allee nach dem Krankenhaus bzw. nach dem Vorwerk Friedhof (durch Bedengrube, Untertrave), jede dieser Linien demnach mit 20-Min.-Verkehr. Linie 3 und Linie 11 nehmen bereits früh 6.16 abwechselnd einen 10-Min.-Verkehr von Markt auf; erstere wie bisher durch die Bedengrube nach Krempelehof, letztere durch die Bahmstraße nach der Hanfstraße. Auch hier hat demnach jede Linie einzeln in Zukunft einen 20-Min.-Verkehr. Bei der Hanfstraße wird abends der Verkehr bis 10.35 ab Hanfstraße ausgedehnt. Der letzte Spätwagen nach 1.10 ab Bahnhof fährt in Zukunft durch die Bahmstraße nach Markt. Bei den Linien 4 und 9 erfolgt abends eine geringe Verkehrs-erweiterung: 8.56 ab Krankenhaus bzw. 9.21 ab Markt. Die Außenlinien 12, 14 und 15 bleiben unverändert. Besonders bemerkenswert ist noch, daß den Wünschen der Einwohner von Stodelsdorf durch verkehrsmäßige Aufstellung eines Anhängewagens als Warthalle an der Endstelle Krempelehof und durch Anschluß an den Hamburger Zug, an Lübeck abends 10.38, entsprochen worden ist.

Die Schleswig-Holsteinischen Volkspiele werden auch in diesem Jahre Ende August bis Anfang Oktober von Hamburg bis in den abgetretenen Norden hinaus ihre Kunst zeigen. Gustav Grund hat sich eine Lübecker Vorlage gewählt und den „Lübeckischen Schlämer“, ein geistliches Spiel, das Johannes Strider, ein holsteinischer Pastor, im Reformationsjahrhundert „allen Unbuddeligen zu treuer Vermahnung, allen Angefochtenen, sonderlich in Todesnöten, zum Troste“ schrieb, für die Darstellung auf

der Mystereibühne bearbeitet. „Der deutsche Schlämer, das Spiel von seinem Leben und Sterben“ ist der Totentanz im Einzelnen. Daneben wird wieder der „Theophilus“ und „Totentanz“ und an weltlichen Spielen neu das altflämische Spiel von „Lanzelot und Sanderin“, gleichfalls von Gustav Grund übertragen, ferner das Volksstück „Doktor Faust“, Grippius „Herr Peter Speng“ und Hans Sachsens „Sancti Peter auf Erden“ gegeben. Ein reicher Spielplan als Ausdruck des Kulturwillens unserer Zeit: Möge ihm die Gefolgschaft nicht fehlen!

Von der Schifffahrt. Neuer Amerika dienlich. Wie alle übrigen großen Schifffahrtsgesellschaften, bereitet sich auch die Cunard Steamship Company Ltd., Liverpool, auf die bevorstehende Reisesaison im transatlantischen Verkehr vor. Die Gesellschaft hat den großen Schnelldampfer „Coronia“, eines ihrer größten und besten Schiffe, in den direkten Dienst Hamburg—Southampton—New York eingeteilt. Die „Coronia“ wird am 27. April erstmalig ihre Fahrt Hamburg—New York aufnehmen. Das Schiff ist annähernd 20 000 Register-tonnen groß, hat eine Geschwindigkeit von 18 Knoten und soll die Fahrt in 10 Tagen machen. Auf dem Schiff können 360 Passagiere erster, 2. Klasse und 1500 Passagiere dritter Klasse Aufnahme finden. — Neue Verordnung für die Schifffahrt nach russischen Häfen. Sämtliche ausländische Schiffe, die nach russischen Häfen bestimmt sind, müssen mit einem Bismarck der russischen Handelsdelegation des Landes versehen sein, in welchem das betreffende Schiff beheimatet ist. Falls ein Schiff ohne ein solches Bismarck in einen russischen Hafen einläuft, wird es zurückgewiesen. Falls ein Schiff verläßt, keine Ladung auf unzureichende Weise zu verladen, wird es beschlagnahmt. Ferner wird bekanntgegeben, daß zur Zeit der Schifffahrtseröffnung der Petersburger Hafen imstande sein wird, bis zu 30 Dampfern zum Laden und Löschen aufzunehmen. Bei günstiger Geld- und Lebensmittelversorgung kann die Aufnahmefähigkeit des Hafens bis zu 60 Dampfern erhöht werden.

Hansa-Theater. Der Ehrenabend für Reinhold Wolf hatte am Dienstag viel Publikum angelockt. Das Hansa-Theater war zu klein, um die Erschienenen fassen zu können. Es mußten daher mehrere wieder betäubt nach Hause gehen. Der große Andrang zeigte deutlich, welcher Beliebtheit der geschätzte Künstler sich in weiten Kreisen erfreut. Gegeben wurde die Schwan-Operette von Jean Aron und Arthur Hippel: „Bis früh um fünf“, ein Stück, das mit großem Erfolg aufgeführt wurde. Die muntere Musik von Paul Inke paßt sich der Schwan-Operette geschmeidig an. Ueber den Inhalt des Stückes wollen wir nur sagen, daß von den 3 Akten 2 im Kabarett spielen. Tolle Dinge, Verwicklungen und Mißverständnisse wechseln einander ab. Reinhold Wolf trat als Jollinspektor auf. Es war für ihn eine Glanzrolle, die er äußerst wirkungsvoll gestaltete. Diese Rolle liegt ihm vorzüglich. Hier brachte der Künstler den Humor voll zur Geltung. Reinhold Wolf entfachte mit seinem urkomischen Auftreten wahre Lachsalven und Beifallsstürme. Das Publikum amüsierte sich förmlich. Der Künstler wurde nicht nur mit Blumen, sondern auch mit verschiedenen Gegenständen und sonstigen schönen Sachen reich beschenkt. Herr Direktor Crasmi feierte nach dem zweiten Akt in einem humorvollen Gedicht, er trug es auf der Brust und las es von keiner hervorgezogenen Chemillette ab, das dreijährige Wirken Wolfs am Hansa-Theater und überreiche ihm ebenfalls Geschenke. Da auch die übrigen Künstler ihr Bestes gaben, so errang das Stück einen vollen Erfolg. Reinhold Wolf als geschätzter Künstler kam mit dem Ehrenabend zufrieden heim.

Feuer in Engelwisch. Am Dienstag mittag brach im Hause des Lötgermeisters Barms, Engelwisch 49, Feuer aus. Der rauch erlöschene Feuerwehrt gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken, obwohl die Nachbarhäuser schwer bedroht waren. Das Feuer war im Dachstuhl entstanden, der völlig ausgebrannt ist. Die unteren Stockwerke wurden von dem Feuer verschont, doch sind sie durch Wasserschaden stark mitgenommen worden. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag zum letztenmal das Hauptmannsche Märchendrama: „Und Pippa tanzt“ Freitag erste Wiederholung der zweitägigen komischen Oper „Batrice und Benedikt“ von H. Herzog, hierauf Tanzbilder von M. L. Stolze. Für die am Sonnabend stattfindende Festvorstellung:

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

16. Fortsetzung.
Doch so leicht sie zu den Dingen kam, so leicht und mit guter Laune teilte sie davon aus. Deshalb war ihr im letzten Grunde keiner ganz böse, wenn man auch die Nase über sie rümpfte. So hatte sie denn ein gut Teil Zucker gependelt und Mehl dazu, und nur hatte man zwei Kuchen gebacken, einen für Kofe und einen zweiten für Benita. Kofe war hnußberggetragen worden in die Wohnung von Frau Harenbold. Das war ein Ausflug für sie, der ihrem gleichförmigen Krankenleben bedeutete, was für andere eine Reise war. Sie war auf dem grünen Rippsofa neben der Tür zum Schlafzimmer gerichtet worden, so daß sie mit dem Gesicht nach den Fenstern gerichtet war und die Vögel sehen konnte, die sich in dem grünen Feigenganz vorzogen. Die beiden Kuchen drangen auf der hauchigen Kommode. Eine farbige gestrickte Decke war über diese gebreitet, und darauf zwischen den Kuchen lagen Rosen in herrlichster bunter Fülle, denn daran fehlte es in diesen Sommertagen nicht. Wenn auch alles andere im Lande knapp geworden war, mit Blumen war die Natur so freigebig, wie in glücklichen Jahren, in denen nicht draußen die Kanonen donnerten. Es lagen auch ein paar andere Kleinigkeiten zwischen den Blumen, wie Liebes sie bescheiden in dieser Zeit spenden konnte, rote Kirshen, ein farbiges Band, ein Bild. Benita hatte zwei Kränzchen von Klee gewunden, den sie in der Frühe draußen gepflückt hatte, und dener einen sich, den anderen Kofe ins Haar gebückt.
Benita sah vor dem Fenster auf einem Stühlchen, die weiße Rage hockte auf dem Fensterbrett zwischen den Mädchen. Es gab ein anmutiges Bild, an dem ein Maler seine Freude gehabt hätte.

Die andern hatten sich verzieht in den Räumen, so wie es eben ging. Die drei Mütter, denn diesmal mußte auch Frau Eils dabei sein, saßen in dem größeren Nebenzimmer auf den drei Betten und hatten einen Tisch zwischen sich gerückt, auf dem eine sehr große blaue Kaffeekanne mit Kornkaffe gefüllt dampfte. Ines und Walter hatten sich Stühle neben die Kommode gerückt, und die Eltschen Kinder hockten in Benitas Schlafzimmer um einen Schmel; sie wollten nur warten, bis für jeden ein Stück Kuchen auf diesem Schmel lag. Dann würden sie sich davon machen, um draußen auf der Straße zu spielen.
Denn war schönes Wetter dann spielte die Kinder im Alten Staden immer ein Spiel miteinander, sei denn sie auf dem

Bürgersteig mit weißen Kreidestrichen selber abteilten, dann häßten sie auf einem Bein von einem Feld auf das andere und sangen einen kurzen Rezhelm dazu. Stundenlang konnten sie so hüpfen und singen und wurden es nicht müde. Die Elskinder würden auch von der Geburtstagsgesellschaft nicht vernimmt werden. Frau Eils war ohnehin nicht gewöhnt, sich viel um ihre junge Brut zu kümmern, und Kofe hatte heute anderes und Schönes und Wichtiges im Sinne.

Walter würde vorlesen, und Benita und Ines würden zusammen singen, und dann würde Benita tanzen. Das würde eine herrliche Geburtstagsfeier geben, so schön, wie sie sie nie geträumt hatte.

Auch die anderen Frauen im Alten Staden nahmen Teil an der Geburtstagsfeier. Wenn sie sich auch zankten, es war doch ein Gemeinschaftsgefühl zwischen all den Frauen in Nummer 17, und der Doppelgeburtstag von den beiden jungen Kindern war für sie alle ein Fest, an dem sie Spaß hatten. Als erste klopfte Frau Meyer an, sie schob sich breit und niedrig durch die Tür und stand nun mitten im Zimmer. „Na, Kofeken, ich habe dir auch was mitgebracht“, sagte sie, in ihre heimliche Wunder fallend, — das tat sie nur, wenn sie guter Laune war, — und sie holte eine große Tüte mit Kirshen aus der schwarzen Nachtschuchtasche, die ihr am Arm hing und im Hause wegen ihrer Größe die Bezeichnung „der Kleinkinderkrag“ trug.

„Ihnen gratuliere ich auch, Fräulein“, fuhr sie fort, denn mit Benita hatte sie nicht die alte Vertraulichkeit wie mit Kofe Eils. Harenholds waren immer noch die Vornehmsten in Nummer 17. — Die weiße Rage war vom Fenster gesprungen und rief sich schrillend an Frau Meyers derdem Kofe.

„Na, willst du auch Geburtstag feiern?“ fragte die Frau, und nun mußte sie bei den Müttern auf einer Beistante Platz nehmen, und sie bekam auch ein Stückchen Kuchen angeboten, denn sie hatte ja etwas mitgebracht, und da kann man doch nicht so sein.

Nun ging die Rede über die andern Frauen im Hause. Frau Meyer kannte sie alle und mußte Bescheid. Bei der blinden Frau Müller hatte er neulich Landstürmer abends spät hineingewollt und mäßigen Rärm gemacht. Sie sollte ihnen zu Willen sein, wollten sie, das täten andere Frauen auch, und sie konnte es gewiß. Ihr Mann triebe es auch toll genug draußen, den kannten sie. Sie sollte sich nur auch ein bißchen amüsiieren. Aber die blinde Frau hatte die Tür nicht aufgemacht, sondern sich zitternd mit dem Kinde in die Ecke gedrückt, und schließlich waren die Männer schimpfend abgezogen.

Frau Meyer dampfte ihre Stimme ein bißchen, als sie das erzählte. Die jungen Leute nebenan bemerken ja nicht alles zu

„Und was die Kamiki ist, da ist nun schon wieder was Kleines unterwegs. Und dabei liegt der Mann schon seit Monaten im Lazarett und ist nicht auf Urlaub gewesen. Der arme Kerl! Sie haben ihm ja wohl ein Bein abgenommen. Das ist ein bißchen tüchtiger Heilmittel, der kommt nun nicht wieder heraus. Aber der Frau ist ja allens gleichgültig. Sie schämt sich auch nicht die Bohne. Geht sie doch hin in den Hilfsdienst für die Kriegerverfahren und klagt und jammert den Damen was vor, und sie mußte Hilfe haben, weil sie im August ein Kind kriegte. — Na, die sind ja auch nicht so dumm, und die eine, die da immer allens anstößt, sagt zu ihr, das könne doch nicht seine Richtigkeit haben, denn der Mann wäre ja schon seit September nicht auf Urlaub gewesen. Was glauben Sie, daß die Kamiki zur Antwort gibt? Sie hätte auch schon deswegen in die Klinik gehen wollen, denn das Kind mußte doch ran selbstbewahren sein.“

Frau Eils lachte ihr übermühtes lippendes Lachen, und Frau Greese sah ein wenig ernst und traurig aus. Frau Harenbold aber knarrte behaglich ihren Kuchen und hörte zu. Der kleine Klatsch amüsierte sie.

„Was macht den die Frau Braunshweig?“ fragte Frau Greese. „Ich habe sie so lange nicht gesehen.“

„Sie hat's wieder mit der Lunge gehabt und Blut gehustet“, sagte Frau Meyer. „Wenn die's man noch lange macht! Und sowie sie sich wieder aufrappelt, denn rennt und raderl sie auch, und denn jetzt das knappe Essen und die vielen Kinder, da kann ja eine nicht bei zu Kräften kommen. — Aber ich will nun man gehen, ich will nach mane Schwägerin, die is nach ihre Eltern gehewen nach dem Lande, und da fällt denn ja wohl auch für mich was ab.“

Und Frau Meyer legte zufrieden aus dem Zimmer. Sie war ihre Neugierigkeiten los geworden und hatte die Empfindung, sehr zur Behebung der Geburtstagsgesellschaft beigetragen zu haben.

Frau Müller kam auch mit ihrem Kinde. Walter las gerade aus Reuters Franzosenlib. Das hatte in dieser Zeit ein doppeltes Interesse, — und Frau Müller blieb ganz still an der Tür stehen und hörte zu. Erst als Walter eine Pause machte, kam sie lächelte näher und gratulierte. Sie hatte nichts kaufen können, aber sie war mit der Kleinen vor die Stadt gegangen, und diese hatte Feldblumen gepflückt. So erhielt jedes der Mädchen ein Sträußchen. Kofe ließ das ihre vor sich auf der Decke liegen. Benita zog ein paar buntfarbige Blätter heraus und befestigte sie sich und Ines im Gürtel. Die weiße Rage sollte ein Bündchen bekommen um den Hals, mit einer Blume drin, aber sie knurrte und sträubte sich. — Dann wurde Frau Müller ein Stückchen hingehoben. Sie bekam keinen Kuchen, der war jetzt knapp, und sie hatte ja auch nur Blumen mitgebracht, die nichts kosteten. Aber die kleine Martha bekam doch etwas, — das sah Benita sich nicht nehmen. Sie schmeckt ihr selbst ein Glaschen ab. (Fortsetzung folgt)

Der Freischütz sind nur noch Karten in beschränkter Anzahl zu haben. Die musikalische Leitung für den Freischütz hat Herr Kapellmeister Mannstädt, die Reinszenierung ist von Direktor v. Bongardt entworfen und ist in den Werkstätten des Stadttheaters angefertigt.

Hansa-Theater. Heute, Mittwoch: Geschlossene Vorstellung. Donnerstag: Gastspiel Rolf Günther vom Neuen Operettentheater in Halle a. S.

Angrenzende Gebiete.

Schwartzau-Rensfeld. Die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei findet am Sonnabend, dem 29. April, abends 8 Uhr im Gasthof Transvaal statt. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist unbedingt erforderlich.

Hamburg. Dreizehn Millionen Mark Geldstrafe. Vor dem Schöffengericht waren der Kaufmann Erik Kupien aus Berlin und der Expedient einer hiesigen großen Expeditionsfirma Hans Ebert wegen verbotener Ausfuhr und ein Händler W. wegen Beihilfe dazu angeklagt. Nachdem es nach vielen Bemühungen in Berlin dem Kupien nicht gelungen war, eine Ausfuhrbewilligung für 75 Flugzeugmotoren zu erhalten, gelang es mit Hilfe W's die Zollbehörden zu täuschen und die Motoren nach Spanien auszuführen. Das Gericht verurteilte K. und E. zu je zwei Jahren Gefängnis, sowie zu dem dreifachen Wert der Motoren von je 6.564.000 Mark Geldstrafe oder noch 1 Jahr Gefängnis, spricht aber W., sowie drei weitere Angeklagte von der Anklage der Beihilfe frei.

Hamburg. Die Methylnalkoholvergiftung hat bereits 9 Todesopfer gefordert. Wie sich herausstellte, haben außer Leuten der Schiffsbesatzung auch eine ganze Reihe von Hafenarbeitern benachbarter Fahrzeuge von der Trübseligkeit getrunken und dürfte somit die Zahl der Erkrankten sich noch erheblich vergrößern. Die Ermittlungen werden dadurch erschwert, daß es sich zum Teil um sogenannte „milde Arbeiter“ handelt und die Behandlung derselben zum Teil in den Wohnungen erfolgt. Insgesamt sind etwa 60 Leute erkrankt.

Neumünster. Wegen großer Zuckerschiberei ist gegen eine Anzahl Personen aus Neumünster, Brotenlande, Bad Bramstedt und Kalltenkirchen das Verfahren eingeleitet worden. Es handelt sich um 500 Zentner Zucker, der im November v. J. gefeuert und nun im April ohne Großhändlerlaubnis veräußert wurde. Außerdem liegt dringender Verdacht dafür vor, daß mit dem Zucker beim Weiterverkauf Wasser getrieben wurde.

Schwerin. Landwirtschaftsminister Schulz hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Grund soll darin liegen, weil die Bewirtschaftung seines Gutes infolge seiner Abwesenheit ständig zurückgegangen sei. — Erhöhte Wohnungsaufwandsteuer. Die Kommission für Vinderung der Wohnungswert der Stadt Schwerin hat angeregt, die Wohnungsaufwandsteuer zu erhöhen. Diese betrug für den mehr als zugestandenen ersten Wohnraum 80 Mk., für den zweiten 200 Mk., für den dritten 550 Mark, für den vierten 1200 Mk. und für jeden weiteren Wohnraum 1000 Mk. mehr. Der Rat hat beschlossen, diese Steuerätze vom 1. April d. J. ab zu verdoppeln.

Lüneburg. Großfeuer. Montag geriet die Werkstatt des Zimmermeisters Bels in Brand. Bei dem Sturmwind breitete sich das Feuer schnell über die sämtlichen Nebengebäude und den

ganzen Zimmerplatz aus. Auch die Wohnhäuser in der angrenzenden Bolgerstraße wurden vom Feuer hehrührt. Bei einigen gerieten die Giebel in Brand, doch konnten diese Häuser noch gerettet werden. Dahingegen brannte die gesamte Werkstatt mit sämtlichen Werkzeugen, Maschinen und bedeutenden Holzvorräten nieder, ebenso eine ganze Anzahl kleinerer Hintergebäude. Der angerichtete Schaden wird auf weit über eine Million geschätzt.

Gewerkschaften.

Ausperrung keine Stilllegung im Sinne des Betriebsrätegesetzes? Eine prinzipielle Frage hatte der Schlichtungsausschuß Augsburg dieser Tage in einer Klage der drei Metallarbeiterorganisationen gegen 11 Augsburger Metallindustriebetriebe zu entscheiden, die ihre Arbeiter auf Anordnung des bayerischen Metallindustriellenverbandes ausgesperrt hatten. In der Klage war geltend gemacht worden, daß die Unternehmer dadurch gegen das Betriebsrätegesetz verstoßen hätten, daß sie die Betriebe teilweise stilllegten, ohne die Betriebsräte zu hören, und daß sie die Versuche der Betriebsräte, Unterhandlungen herbeizuführen, vereitelten. Von den Arbeitnehmern wurde geltend gemacht, daß ein Unterschied zwischen einem Streik und der Ausperrung insofern bestehe, als bei einem Streik die Arbeiter gewillt seien, nach Beseitigung der Differenzen in den Betrieb zurückzukehren, während bei der Ausperrung die Arbeiter unter Aushandigung ihrer Papiere entlassen worden seien. — In ausführlicher Entscheidung sprach der Schlichtungsausschuß ohne Würdigung des letzterwähnten Einwandes aus, daß die erwähnten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes für Wirtschaftskämpfe keine Geltung hätten, da aus dem Zusammenhang mit dem Verdrang des Gesetzes hervorgehe, daß lediglich bei Stilllegung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen die Betriebsräte gehört werden müßten nicht aber bei Betriebsstillelegungen anlässlich von Wirtschaftskämpfen. Bei solchen sei die Tendenz des Gesetzes, beiden Teilen größtmögliche Freiheit zu geben.

Im Metallarbeiterstreik in Süddeutschland. Ablehnung des Vergleichsvorschlages. Der Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland scheint weitere Kreise zu ziehen. Der Vergleichsvorschlag ist mit übergroßer Majorität abgelehnt worden. Folgende Zahlen mögen dies veranschaulichen: Die Gesamtstimmzahl betrug 106.862. Für den Vergleich stimmten nur 3294 und gegen denselben 103.471. In Bayern ergab sich folgendes Abstimmungsergebnis: Die Zahl der Abstimmungsberechtigten betrug 45.757, für den Vergleich wurden 1025, während gegen den Vergleich 44.732 Stimmen abgegeben wurden. Württemberg wies 43.568 Stimmberechtigte auf, von denen sich 1894 für und 41.568 gegen den Vergleich erklärten. In der Stadt Mannheim gab es 17.587 Stimmen insgesamt, von denen 375 für den Vergleich erklärten und 17.171 denselben verwarfen. — Das Abstimmungsergebnis zeigt, daß innerhalb der Arbeiterchaft Einmütigkeit darüber herrscht, daß der ungenügende Vergleichsvorschlag unannehmbar ist und der Kampf zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen weitergeführt werden muß.

Eine Arbeiterbank in Oesterreich. Unsere Genossen in Oesterreich haben die Absicht, in allernächster Zeit eine Arbeiterbank ins Leben zu rufen. Ein Konzessionsgesuch ist bereits überreicht und ein Anfangskapital von 100 Millionen Kronen gezeichnet.

Durch erfüllen auf die österreichischen Gewerkschaften und die Anstaltsgenossenschaften je 40 Prozent, während der Rest von verschiedenen sonstigen Arbeiterinstitutionen aufgebracht wurde. — Ueber die innere Geschäftsabwicklung berichtet die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, wonach die gezeichneten Aktien im unveräußerlichen Besitz der zeichnenden Organisationen bleiben, keine einzige Aktie gerät in den Besitz irgend eines Privatmannes, je bleibt im Besitz von Arbeiterorganisationen und alle Arbeiterorganisationen haben an dem Unternehmen verhältnismäßigen Anteil. Damit ist die Arbeiterbank von vornherein unter die Obhut aller wirtschaftlichen Organisationen und Einrichtungen der Massenbewegten Arbeiterchaft Oesterreichs gestellt, sie alle übernehmen für Bestand und Zukunft ihren angemessenen Teil der Haftung.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Von Alfred Dreger.

Das im § 70 des Betriebsrätegesetzes (B.R.G.) in Aussicht gestellte Ausführungsgezet für diesen Paragraphen ist am 15. Februar d. J. (Reichsgezetblatt Seite 209) erschienen. In nachfolgendem soll versucht werden, in großen Umrissen den Kern des Gesetzes für die Tätigkeit der Betriebsräte (B.R.) darzulegen. Ein B.R. befindet sich im Irrtum, zu glauben, daß in einem Zeitungsartikel für seine Tätigkeit generelle Richtlinien gegeben werden können. Wie überall auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, muß auch hier die Praxis Lehrmeister sein. Der § 70 des B.R.G. ist einer der wichtigsten des Gesetzes. Von dieser Erkenntnis ausgehend, haben die Unternehmer kein Mittel unversucht gelassen, um das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat so ungünstig wie möglich für die Arbeitnehmer zu gestalten.

In diesem § 70 kommt das dem Unternehmertum so verhasste Prinzip des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer auf die Leitung der Produktion zum Ausdruck. Die B.R. müssen sich auch weiterhin darüber klar sein, daß das vorliegende Gesetz, vom Standpunkt der Arbeitnehmer betrachtet, als mangelhaft bezeichnet werden muß. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß bei der Arbeitnehmerschaft im Durchschnitt zu verzeichnen ist, das Gesetz die angelegentlichste Aufmerksamkeit, die ganze Kraft und eisernen Willen der B.R. erfordert, die gestellten Aufgaben zu bewältigen, so müßen wir, getragen von dem Willen, von unermüdlicher Energie, auch dieses Gesetz als einen Teil des Kampfbodens betrachten, auf dem sich der Kampf um das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß abspielt. Es ist daher notwendig, daß bei der Wahl der B.R., die in den Aufsichtsrat entsandt werden sollen, darauf zu achten ist, daß nur solche B.R. gewählt werden, die eine feste Gewähr dafür bieten, daß sie ausgerüstet mit dem nötigen Charakter, Takt und Geschick, ihre Arbeit so vornehmen, daß wir dem Ziel der Arbeitnehmerschaft, das volle Mitbestimmungsrecht zu erstreben, möglichst nahe kommen und darüber hinaus versuchen, die Umformung der heutigen Wirtschaftsform in die von uns erstrebte voranzukommen. Ueberzeugte Sozialdemokraten, B.R., die von der Richtigkeit der sozialistischen Lehre überzeugt sind, sind zu wählen. Die Notwendigkeit, zuverlässige Kollegen in den Aufsichtsrat zu entsenden, ergibt sich auch daraus, daß die Vertreter der Arbeitnehmer oftmals in

Besonders preiswerte Damen-Kleidung

Mäntel

aus Covercoat, Tuch, covercoatartigen Stoffen usw., weite Schloppform mit moderater Stepperei

985⁰⁰ 850⁰⁰ 690⁰⁰

Mark **485**⁰⁰

Kleider

aus einfarbigen Wollstoffen, gestreiften Popeline sowie Waschstoffen, neue fescche Macharten

890⁰⁰ 590⁰⁰ 385⁰⁰

Mark **135**⁰⁰

Kostüme

sanftfarbig, grau, bezw. marine-blauer Gabardine, Kammgarn- und andere Stoffe

2750⁰⁰ 1985⁰⁰ 1275⁰⁰

Mark **790**⁰⁰

Blusen

aus einfarbigen Wollstoffen, gemusterten Waschstoffen, in verschiedenen kleidsamen Formen

250⁰⁰ 145⁰⁰ 89⁰⁰

Mark **49**⁵⁰

Röcke

aus einfarbigen und gestreiften Wollstoffen wie Kammgarn, Donegal in modernem Schnitt

485⁰⁰ 335⁰⁰ 295⁰⁰

Mark **195**⁰⁰

Jumper

leichtes Trikotgewebe, Seide bezw. schwere Wolqualitäten, einfarbig und in aparten Farbenstellungen

595⁰⁰ 490⁰⁰ 395⁰⁰

Mark **295**⁰⁰

In unserm Erfrischungsraum im II. Stock	Bohnenkaffee .. Tasse 2 ⁵⁰ Tee mit Sahne u. Zucker Glas 2 ⁵⁰ Schokolade Tasse 3 ⁵⁰	Täglich frisches Gebäck	Halberstädter Bockwurst 8 ⁵⁰ mit Salat .. Portion Pudding 2 ⁵⁰
---	--	-------------------------	--

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.
Fortsetzung unserer Hausstandsmesse im III. Stock.

immer einer großen Mehrheit von Vertretern des Kapitals gegenüberstehen.

Die Zahl der in der Aufsichtsrat zu entsendenden B.R. beschränkt sich im günstigsten Falle auf zwei. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Die großen, im Betriebsratsgesetz liegenden Möglichkeiten müssen beachtet werden zur Durchführung zu bringen. Es wird eine der Hauptaufgaben der Mitglieder des Aufsichtsrats sein müssen, dem B.R., dem sie angehören, die Tätigkeit zu erleichtern.

Ich betonte schon weiter oben, daß im günstigsten Fall zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden können. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Wenn der Aufsichtsrat aus mehr als 3 Personen besteht, oder wenn beide Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte) im B.R. vertreten sind, sind 2 Mitglieder derselben zu entsenden. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Wenn dagegen zwei oder mehr Vertreter der Minderheitsgruppe im B.R. vertreten sind, dann kann diese Minderheitsgruppe Anspruch auf eine Vertretung im Aufsichtsrat erheben. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Ueber die Wahl und Wahlordnung ist folgendes zu sagen. Der Wahlkörper setzt sich nur aus dem B.R. zusammen. § 5 des Gesetzes besagt:

Wahlkörper für die Entsendung der Betriebsratsmitglieder ist bei Körperschaften mit einem Einzelbetriebsrat oder einem Gesamtbetriebsrat dieser, in solchen mit mehreren Einzelbetriebsräten die Gesamtheit dieses, auch wenn sie zum Teil zu einem Gesamtbetriebsrat zusammengeschlossen sind.

Abt. 2 des § 5 des Gesetzes besagt: Wähler sind alle Mitglieder des Wahlkörpers, die am Tage der Wahl ein Jahr von der Körperschaft beschäftigt und nicht in den letzten 2 Jahren durch Beschluß gemäß § 39 des B.R.G. abgesetzt worden sind. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

§ 6 des Gesetzes besagt dann: Die Wahl findet geheim und mit Stimmenmehrheit einheitlich durch den ganzen Wahlkörper statt.

Der § 7 des Gesetzes handelt von der Beendigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat. Diese wird herbeigeführt ausschließlich durch Austritt oder Verlust der Zugehörigkeit zum B.R. dem das Mitglied angehört.

Um an einem Beispiel diese angeführten Gesetzesbestimmungen verständlich zu machen sei folgendes gesagt: Im Jahre 1908 einer Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Die Leitung der Wahl liegt in den Händen des Vorsitzenden des B.R. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Da das Gesetz am 1. Februar 1908 in Kraft getreten ist und die ersten Wahlen binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten einzuleiten sind, so haben die Vorsitzenden der B.R. spätestens am 30. d. M. das Wahlaustrittsbescheid an die B.R. zu senden. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Der Wahlleiter hat unter Berücksichtigung des § 4 des Gesetzes zu prüfen, ob ein oder zwei B.R. zuzulassen sind. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

die Stimmzettel einzuliefern sind, zu bestimmen und bekannt zu geben. (Wahlfrist.) Die Wahlberechtigten sind anzuweisen, den verschlossenen Wahlumschlag mit dem Stimmzettel in einem Briefumschlag bis zum Ablauf der Wahlfrist an den Wahlleiter einzuliefern. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Der Stimmzettel ist vom Wähler in den Wahlumschlag und dieser dann verschlossen in den Briefumschlag zu stecken und an den Wahlleiter unter Angabe des Wählers, wenn nötig durch eingeschriebenen Brief, zu senden. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Die §§ 5-7 der Wahlordnung enthalten Vorschriften technischer Art für den Wahlleiter, die eines größeren Allgemeininteresses entbehren, ich spare mir daher ein Eingehen auf diese. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

§ 8 behandelt die Aufbewahrung der Wahlakten und die Kostenfrage. Sämtliche Kosten der Wahl trägt die Unternehmung. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Die §§ 9-12 der Wahlordnung handeln von der Wahl von zwei B.R. in den Aufsichtsrat. § 9 Abs. 1 besagt: Gehört der Minderheitsgruppe der Arbeitnehmer im Wahlkörper nur ein Mitglied an, so finden auf die gleichzeitige Wahl der beiden Mitglieder und ihrer Ersatzmitglieder die §§ 3-8 mit der Maßgabe Anwendung, daß jeder Stimmzettel 6 wählbare Bewerber in erkennbarer Reihenfolge enthalten soll (§ 4 Abs. 1).

Ich habe den § 4 weiter oben eingehend besprochen und verweise auf diese Ausführungen. Wenn infolge Ausscheidens von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern nur noch 1 Mitglied des B.R. im Aufsichtsrat vorhanden ist, so hat die Neuwahl von einem zweiten Mitgliede und von vier Ersatzmitgliedern zu erfolgen. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Gehören der Minderheitsgruppe der Arbeitnehmer zwei oder mehr Mitglieder des Wahlkörpers an und hat die Wahl der beiden Mitglieder und ihrer Ersatzmitglieder gleichzeitig zu erfolgen, so hat der Wahlleiter die Zahl der Arbeiter- und Angestelltenmitglieder des dem Unternehmen zugehörigen B.R. festzustellen und in der im § 3 Abs. 1 angegebenen Weise den Wahlberechtigten eine Frist von drei Wochen - gerechnet vom Tage des Abganges des Schreibens - für die Einreichung eines Beschlusses aus § 6 Abs. 2 des Gesetzes zu setzen. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

§ 3 Abs. 1 der Wahlordnung, auf den Bezug genommen wird, spricht davon, wann der Wahlleiter das Wahlaustrittsbescheid an die Vorsitzenden der Einzelbetriebsräte zu senden hat. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

§ 6 Abs. 2 des Gesetzes spricht davon, daß die Minderheitsgruppe mit Stimmengleichheit oder Mehrheit die Entsendung eines Vertreters beschließen kann und dann eine getrennte Wahl durch jede der beiden Gruppen stattfindet. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Ich erwarte mir recht ein Eingehen auf diese. In den vorliegenden Ausführungen habe ich nur das Notwendigste erwähnen können und die B.R. in den Stand zu setzen, unverzüglich die Arbeit anzunehmen. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Die B.R. müssen nun unverzüglich an die Arbeit gehen. Das wird zum Teil schon geschehen sein. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Eine erste und letzte Aussprache, eine unbefangene Erörterung des Vor- und Wider in den Aufsichtsratsversammlungen ist in Gegenwart weisensamer, auf völlig anderem Wirtschaftsfußes stehenden Menschen ausgeschlossen. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Da diesem Anspruch können die B.R. erkennen, was für ein Feld zu bearbeiten ist. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Ein und beide schlagen Lärm. Bevor jedoch das dadurch aus dem Schlafe geweckte Hauspersonal herbeikommt, war der unheimliche Mann spurlos verschwunden. Er hatte die Zimmertür vor sich verschlossen, und so die beiden Damen eingesperrt. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Zehn Banerengestirte eingekerkert. In Grapenhagen bei Rügenwalde brach ein Großfeuer aus, während die Bewohner auf dem Felde waren. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Die jüdische Braut. Dem Buchhalter Klimas in Beuthen geht keine ehemalige Braut Salztaube ins Gesicht, so daß er gänzlich erblindete. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Ein Arzt als Kapitalstahler verhaftet. Der praktische Arzt Dr. Komper wurde in Würzburg wegen verurteilter Kapitalstahlerziehung ins Ausland verhaftet. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Der verbotene Blusenabschnitt. Wie die „Nar. Politika“ zu melden weiß, soll in der Tschechoslowakei dem gesamten weiblichen Angestelltenpersonal die Weisung erteilt werden, künftig in den Amtsräumen nur in geschlossenen Blusen zu erscheinen. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Beatrice und Benedikt“, komische Oper von Giochi Berlioz. In Lübeck ist dieser bedeutende französische Komponist bisher wohl nur in Konzerten zum Wort gekommen. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Neue Bücher.

„Die Praxis der Handelspolitik“, von Max Schippel. Eine gemeinverständliche Einführung. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Aus aller Welt.

Zurückraub in einem Berliner Hotel. Ein unheimlicher nächtlicher Diebstahl wurde Montag während der Nacht in einem großen Berliner Hotel verübt. ... Die nächsten Aufgaben der in den Aufsichtsrat entsandten B.R. wird sein, ihre Tätigkeit auf das Lernen zu richten.

Für erwiesene Gratulationen und Geschenke zu unserer lieb. Hochzeit danken herzlich. (1197) Ladw. Reusch und Frau, Reiterstraße 9.

Für die innige Teilnahme und Transparenz bei der Beerdigung meines lieben Mannes, so für die Unterstützung tens der ... Frau Käthe ...

zu verk. 1. September 1908. ...

zu verk. 1. September 1908. ...

zu verk. 1. September 1908. ...

zu verk. 1. September 1908. ...

zu verk. 1. September 1908. ...

zu verk. 1. September 1908. ...

Stechenpferd-Zeitung

von Bergmann & Co., Raddeburg ist die beste Lillienkohlensorte für ...

Wichtig! Neu eingetroffen. Wichtig!

Die beliebtesten Dan. Schweinsköpfe mit wirtl. voll. Fettbade, sowie Ochsenbadefleisch u. Herzen billig, täglich. ... M. Nehlsen.

Fahrplan

Süderer Straßenbahn

Gültig ab 27. April 1922.

W = Werktags.

Linie 1. Nordstraße—Rosenburger Allee. (4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)	W Nordstraße: W 5.00, 6.15, 6.35, 6.55, 7.15, 7.35, 7.55, 8.15, 8.35, 8.55, 9.15, 9.35, 9.55, 10.15, 10.35, 10.55, 11.15, 11.35, 11.55 und weiter alle 10 Minuten bis 8.55, 9.15, 9.45, 10.45.
Nach dem Bahnhof über Beckergrube 8.35 und 12.50 abends.	W Rosenburger Allee: W 5.25, 6.46, 7.06, 7.26, 7.46, 8.06, 8.26, 8.46, 9.06, 9.26, 9.46, 10.06, 10.26, 10.46, 10.56, 11.06, 11.16, 11.26, 11.36, 11.46 und weiter alle 10 Minuten bis 9.26, 9.46, 10.16, 11.16.
W Bahnhof über Beckergrube 9.15 und 1.10 abends.	Linie 2. Israelisdorf Allee—Kronsfjord Allee. (4 Zonen, Fahrzeit 12 Minuten.)
W Israelisdorf: 6.40, 7.00, 7.20, 7.40, 8.00, 8.20, 8.40, 9.00, 9.20, 9.40 und weiter alle 20 Minuten bis 10.00.	W Kronsfjord: 6.00, 6.40, 7.00, 7.20, 7.40, 8.00, 8.20, 8.40 und weiter alle 20 Minuten bis 11.00 und 12.12.
W Kronsfjord: 7.11, 7.31, 7.51, 8.11, 8.31, 8.51, 9.11, 9.31, 9.51 und weiter alle 20 Minuten bis 10.31.	Linie 3. Markt—Kronsfjord. (5 Zonen, Fahrzeit 34 Minuten.)
W Markt: 5.16, 5.36, 6.16, 6.36, 6.56, 7.16, 7.36, 7.56, 8.16, 8.36, 8.56 und weiter alle 20 Minuten bis 10.16, 11.36.	W Kronsfjord: 6.00, 6.40, 7.00, 7.20, 7.40, 8.00, 8.20, 8.40 und weiter alle 20 Minuten bis 11.00 und 12.12.
W Kronsfjord: 6.00, 6.40, 7.00, 7.20, 7.40, 8.00, 8.20, 8.40 und weiter alle 20 Minuten bis 11.00 und 12.12.	Linie 4. Kronsfjord Allee—Schwarzen Allee. (5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten.)
W Kronsfjord: 5.25, 6.46, 6.56, 7.06, 7.16, 7.26, 7.36, 7.46, 7.56, 8.06, 8.16, 8.26, 8.36, 8.46, 8.56 und weiter alle 10 Minuten bis 9.56, 9.06, 9.16, 9.26, 9.36, 9.46, 9.56, 10.16, 10.46, 11.16, 11.46, 12.16, 12.46 nur bis Bahnhof 1.30.	W Schwarzen Allee: 6.12, 7.02, 7.12, 7.22, 7.32, 7.42, 7.52, 8.02, 8.12, 8.22, 8.32, 8.42, 8.52 und weiter alle 10 Minuten bis 9.22, 9.42, 10.12, 10.42, 11.12, 11.42, 12.20, ab Bahnhof 1.10.
W nach Wagenhalle Finkenstraße.	Linie 9. Markt—Kronsfjord Baum. (4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)
W Markt: 5.46, 6.41, 7.01, 7.21, 7.41, 8.01, 8.21, 8.41, 9.01, 9.21, 9.41 und weiter alle 20 Minuten bis 9.21, 9.41, 9.51, 10.41, 11.31, 12.21.	W Kronsfjord Baum: W 5.15, 6.10, 6.30, 6.50, 7.10, 7.30, 7.50, 8.10, 8.30, 8.50, 9.10, 9.30, 9.50 und weiter alle 20 Minuten bis 9.30, 10.00, 11.00, 12.00.
W nach Wagenhalle Finkenstraße.	Linie 10. Israelisdorf Allee—Borwerfer Friedhof. (6 Zonen, Fahrzeit 32 Minuten.)
W Israelisdorf: 6.30.	W Borwerfer Friedhof: 7.23, 7.43, 8.03, 8.23, 8.43, 9.03, 9.23, 9.43 und weiter alle 20 Minuten bis 9.03.
W Borwerfer Friedhof: 7.23, 7.43, 8.03, 8.23, 8.43, 9.03, 9.23, 9.43 und weiter alle 20 Minuten bis 9.23.	Linie 11. Markt—Danjastraße. (4 Zonen, Fahrzeit 24 Minuten.)
W Markt: 6.26, 6.46, 7.06, 7.26, 7.46, 8.06, 8.26, 8.46, 9.06, 9.26, 9.46, und weiter alle 20 Minuten bis 8.46, ferner 9.46, 12.46 nur bis Bahnhof.	W Danjastraße: 7.00, 7.20, 7.40, 8.00, 8.20, 8.40, 9.00, 9.20, 9.40 und weiter alle 20 Minuten bis 9.20, ferner 10.35.
W nach Wagenhalle Finkenstraße.	Linie 12. Lübeck—Schwarzen. (6 Zonen, Fahrzeit 28 Minuten.)
W Lübeck: W 4.45, W 5.25, 5.50, 6.20, 6.40, 7.10, 7.20, 7.40 und weiter alle 20 Minuten bis 8.00, 8.40, 9.20, 10.10, 10.40, 11.30.	W Schwarzen: W 5.16, W 5.56, 6.26, 6.56, 7.16, 7.36, 7.56, 8.16 und weiter alle 20 Minuten bis 8.36, 9.16, 9.56, 10.46, 11.16, 12.00.
W nach Wagenhalle Finkenstraße.	Linie 14. Seebühl—Süder. (7 Zonen, Fahrzeit 33 Minuten.)
W Seebühl: 4.50, 5.47, 6.27, 7.27, 8.07, 8.47, 9.27, 10.07, 10.47, 11.27, 12.07, 12.47, 1.27, 2.07, 2.47, 3.27, 4.07, 4.47, 5.27, 6.07, 6.47, 7.27, 8.07, 8.47, 9.27, 10.07, 11.27.	W Süder: 5.25, 6.26, 7.06, 8.06, 8.46, 9.26, 10.06, 11.26, 12.06, 12.46, 1.26, 2.06, 2.46, 3.26, 4.06, 4.46, 5.26, 6.06, 6.46, 7.26, 8.06, 8.46, 9.26, 10.06, 10.46, 12.02.
W nach Wagenhalle Finkenstraße.	Linie 15. Seebühl—Süder. (6 Zonen, Fahrzeit 30 Minuten.)
W Seebühl: W 4.35, 5.47, 6.27, 7.07, 7.47, 8.27, 9.07, 9.47, 10.27, 11.07, 11.47, 12.27, 1.07, 1.47, 2.27, 3.07, 3.47, 4.27, 5.07, 5.47, 6.27, 7.07, 7.47, 8.27, 9.07, 9.47, 11.27.	W Süder: W 5.08, 6.22, 7.02, 7.42, 8.22, 9.02, 9.42, 10.22, 11.02, 11.42, 12.22, 1.02, 1.42, 2.22, 3.02, 3.42, 4.22, 5.02, 5.42, 6.22, 7.02, 7.42, 8.22, 9.02, 9.42, 11.02.
W nach Wagenhalle Finkenstraße.	

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief am Sonntag, dem 28. 4., mein lieber Mann, mein guter Vater (1172)

Johann Kruse
im 48. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Seinen.

Magdalene Kruse
geb. Kloth.

Frieda Kruse.
Hilfswitwe 6.

Ertrauert Freitag 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Borwerfer Friedhofes.

Nach schwerem Leiden entschlief sanft mein lieber Mann, meiner Mutter treusorgender Vater (1195)

Heinrich Boye
im 45. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Doris Boye
geb. Svansson
u. Kinder nebst Angehörigen.

Ertrauert Freitag, 28. 4., nachm. 2 Uhr i. d. Kapelle Worm.

Sozialdem. Verein.
Am Sonntag starb unser Genosse
Joh. Kruse.
Ehre (1174) seinem Andenken.

Beerdigung Freitag, dem 28. April, nachm. 2 1/2 Uhr, Borwerfer Friedhof. Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Am 22. April starb unser Kollege
Friedr. Peters.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 27. April, nachm. 4 Uhr, auf dem St. Lorenz-Kirchhof statt.

Am 23. April starb unser Kollege
Joh. Kruse.
Ehre (1189) ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 28. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Borwerfer Friedhof statt.

Am Sonntag starb nach kurz. Krankheit unser Kollege, der Bühnenarbeiter
Johann Kruse
i. Alter n. 47 Jahren.

Sie verlieren in dem Entschlafenen einen thätigen Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die technische Personal des Seebühls.

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7, Telefon 1253.

Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, z. z. Anästhetische Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fernbehandelt. (1156)

Jg. Mädchen
für unsere technische Abteilung zu sofortiger Ges. Gute Sprachkenntnisse und Gewandtheit erforderlich. (1199)

Mannmann & Erdmann
Breite Straße 53, I.
— Betriebsamt — Großhandlung.

Zum 1. Mai

finden Sie eine entzückende Auswahl
Schmiedeter Damen- und Kinder-Hüte
in allerneuesten Formen und Garnituren.
Durch frühzeitigen Einkauf (1190)
kaufen wir außergewöhnlich preiswert.

Deshalb:
Elegante u. hochschicke garn. Damenhüte 125.00
Mk. 425.00 875.00 815.00 275.00 240.00 175.00

Überzeugen Sie sich. **S streng reelle Bedienung.**

Schlesinger
Erstklassiges u. ältestes Spez.-Putz-det.-Haus, 49 Breite Str. 49 neben Café Hodermann.

Sozialdem. Verein Ortsgruppe Koisling.

Am Sonnabend, d. 22. April, starb unsere treue Genossin
Anna Wallbaum.
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 27. April, nachm. 3 Uhr, auf d. Borwerfer Friedhof statt. Sammeln der Genossinnen und Genossen nachm. 2 1/2 Uhr im Feldkrug. Um zahlreiche Beteiligung eruchtet (1173) Der Vorstand.

Vorteilhaft

Remdenluche
Handtücher
Schürzenstoffe
Bettinlett
Bettmatt
Kleiderstoffe
Normalwäsche
Damen-Hemden
Damen-Beinkleider
Strümpfe

Heinr. Beuck,
Kreuzstraße 25. (1181)

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7, Telefon 1253.

Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, z. z. Anästhetische Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fernbehandelt. (1156)

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale), Ortsgruppe Lübeck.

Donnerstag, d. 27. April, abends 7 1/2 Uhr:
Oeffentliche Volksversammlung
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Wohin führt der Weg der Gewerkschaftsbureaucratie? (Was geht im Bauarbeiter-Verbande vor?) Referent: Otto Bachmann, Chemnik, Bauarbeiter.
2. Freie Aussprache.

Da Genosse Bachmann auch die Frage der Industrieorganisation behandeln wird, darf kein Bauarbeiter, Maler, Lötger, Glaser, Steinarbeiter fehlen.

Die Vorstände der Bauarbeiterverbände sind schriftlich eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten 1.— Mark. (1177)

Gabe mit Lindenstr. 501 als
prakt. Arzt und Geburtshelfer
niedergelassen. Sprechstunden täglich 8-9 Uhr vorm., 3-4 Uhr nachm.; Sonnabend nachmittags und Sonntags keine Sprechstunden. (1165)

Dr. Karl Thomsen.

Bekanntmachung.
Infolge der immer höher steigenden Lederpreise und notwendig gewordenen Rohpreiserhöhung um 40 % ab 1. Mai sind wir gezwungen, unsere Preise zu erhöhen. (1176)

Schuhmacher-Zwangs-Jungung.
NB. Für unsere Mitglieder Richtsätze an besagten Stellen.

Jugend

Neueste Muster — Große Auswahl
Billigste Preise
empfehlen (1148)

Marli-Drogerie
Wilhelm Hohenschild
Marlstr. 42 c. Marlstr. 42 c.

Alt-Eisen, alte Maschinen
Dampfkesseln, Dampfmaschinen, Späner, Schmelz, Gießmaschinen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stahl, Späne

Alt-Metalle,
Felle, Tierhaare, Papier usw. laufe ab jed. Ort jeden Vorkens. — Beste Abgabequelle für Händler, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe. (1154)

L. Lissianski, Lübeck,
Großhandel, Farnstr. 87a, Kleinbahnstr.

Glodengieserstraße 61.
Zahle erhöhte Tagespreise für
Campan, Eisen, sämtliche Metalle, Papier, Flaschen, Zelle, Haare usw.
Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (1167)

Original-Marine-Bekleidung
Taktzeug, Arbeitszeug, Unterzeug. (1160)

Pfandhaus Hübstr. 113

Ah richtig!



Schuhputz **Nigrin**
färbt auch bei Regen nicht ab. (1161)
Schwarz, braun, gelb u. weiß.

Friedrichshof
Am Sonnabend, dem 29. April findet auf allgemeinen Wunsch noch ein
FAMILIENBALL
statt. (1166)

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
BALL.

Konitorei Starke Kaffeehaus
Königsstr. 25. Telefon 8860

Täglich von 10 Uhr früh: **Frühes Gebä!**
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (1159)
Lieferung, auß. d. Hause f. schnellste Erledig.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede u. verwand. Gewerbe.

Am Freitag, dem 28. April, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Lokale von Fide Wolff, Große Burgstr. 21.
Um vollständiges Erscheinen wird gebeten (1188) Der Vorstand.

Sanitäts-Verband.
General-Versammlung
am Donnerstag, d. 27. April, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Der neue Verzeitertrag.
2. Beitragserhöhung. (1181) Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck (1194)

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 27. April, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über Erhebung von Extrabeiträgen.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Turnhallen-Bauverein zu Lübeck e. V. (1182)

Die am 24. April 1922 stattgefundene General-Versammlung war nicht beschlussfähig. Dienächste
General-Versammlung
findet am Mittwoch, d. 3. Mai 1922, abends 8 Uhr, bei F. Lender, Sundtstr. 41 statt.

Tagesordnung wie in Nr. 90 des Lübb. Volksboten veröffentlicht.
Diese Versammlung ist beschlussfähig.
Der Vorstand.

Hansatheater.
Heute Mittwoch
Geschlossene Vorstellung.
Der Tanz ins Glück.

Donnerstag 8 Uhr:
Gastspiel des 1. Operrettenors
Rolf Günther Czardasfürstin.
Edwin — Rolf Günther als Gast. (1162)

Freitag 8 Uhr:
Bis früh um fünf.
Sonnabend 8 Uhr:
Ehren- und Abschiedsabend von Dir. O. Erasmii „Der letzte Walzer“.

Umpressen
von (1192)
Damen- u. Herrenhüten
jeder Art wird schnell u. fachmännisch ausgeführt.

Kornmarkt 6, G. A. M.
Wiener Hutfabrik
Holzblatt, Gummach, Dürgraben 49.

+Magerteil+



Schöne volle Körperformen durch unser „Magerteil“
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant, unerschütterlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell!
Wiele Dankschreiben. Preis Karton mit Geh.-Anw. Mk. 20.— Porto extra.

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mangstr. 10. (1155)

Dekorations-Kronen-Burg-Lichte (1198)

Ferd. Kayser.

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 26. April, 7.30:
Schneider Wibbel.
35. Ab.-Vorst. Gast: C. Donnerstag, 27. April, 7.30:
Zum letzten Mal
Und Pippa tanzt.
36. Ab.-Vorst. Gast: D. Freitag, 28. April, 7.30 U.
Beatrice u. Senecchi.
Hierauf: **Tanzbilder.**
38. Ab.-Vorst. Gast: D. Sonntag, 29. April, 7 U.
Festaufführung zur 100-jährigen Wiederkehr der Gröndung in Lübeck: **Der Freischütz**
Es wird gebeten, die bestellten Karten rechtzeitig abzuholen. (1147)